

Die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek

Wege zur Natürlichen Wirtschaftsordnung
bzw. Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

zusammengestellt
von
Tristan Abromeit

Dezember 2007

www.tristan-abromeit.de

Text 56.19

(1+21+6+1+4+7+1 Seiten)

Elimar Rosenbohm

1. Gegen das Weitermachen wie bisher (o.J.)

2. Die Kreditschöpfungstheorie

ist eine Theorienschöpfung (1967)

(Zu 2.: Brief Rosenbohm an Creutz / Buchtitel und Inhaltsverz.:
Das Buchgeld von Karl Walker / Theoretische Grundlagen der
bankgeschäftlichen Kreditgewährung

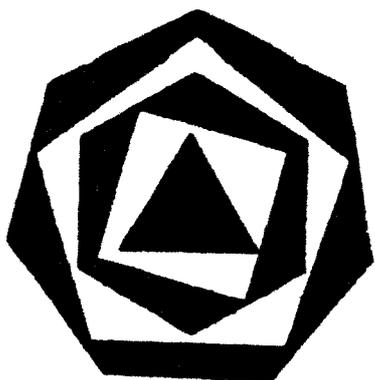
- - kritischer Beitrag zur Kreditschöpfungstheorie - von Martin Scheytt)

3. Biographisches

zu Rosenbohm und Friedrich Salzmann

von Werner Onken und Hans Hoffmann (+ Brief von TA vom Nov. 97)

Besprechung von *Mama Moneta* von W. Wendnagel durch M. Kennedy



Sonderdruck Fragen der Freiheit

Elimar Rosenbohm

Gegen das Weitermachen
wie bisher

Gegen das Weitermachen wie bisher

Elimar Rosenbohm

Kritische Stellungnahme zu den letzten Gutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Der Sachverständigenrat (SVR) gab seinem letzten Jahrgutachten (JG) 82/83 den Titel »Gegen Pessimismus« (Verlag W. Kohlhammer GmbH Stuttgart und Mainz, 1982). Die hier in Klammern hinzugefügten Ziffern beziehen sich auf die Teilziffern dieses Gutachtens; die Bezugnahme auf dessen Kurzfassung wird mit einem * und auf das Sondergutachten – im gleichen Band ab S. 201 – mit SG gekennzeichnet.

Übersicht

- 1 Die Ordnungspolitik kommt zu kurz
- 2 »Einkommen muß nicht zu Nachfrage werden«
 - 2.1 Der Fehler liegt im Geldsystem
 - 2.2 Warum eine »unvermeidliche Inflationsrate«?
 - 2.21 Das Problem des Geldumlaufs
 - 2.23 Neue Geldtechnik statt Inflationsbetrug
 - 2.24 Exkurs: *Wolfram Engels* und der Monetarismus
 - 2.25 Sinkende Inflationsraten bedeuten Arbeitslosigkeit
 - 2.26 Geldpraxis: ein Skandal
 - 2.27 Der Notenbankier soll bei seinem Leisten bleiben
- 3 *Hans-Jürgen Krupp*: Wir brauchen einen Nachfrageanstoß
- 4 Wenn der Wohnungsmarkt »verrückt spielt«
 - 4.1 Bonn: Neue Herren mit altem Konzept
- 5 Zum (wirtschaftspolitischen) Bauherrenmodell des SVRs
 - 5.1 Die »Rentabilitätslücke des SVRs«

»Ich bin auf der Suche nach Wegen, die 2 Millionen Arbeitslosen, die jetzt auf der Straße stehen, wieder in Arbeit zu bringen. Was machen wir eigentlich, wenn's drei Millionen sind? Machen wir dann fröhlich das Tralala der alten Reden weiter? Werden wir eigentlich erst wach, wenn das Haus in Flammen steht?

Manchmal habe ich den Eindruck, wir hätten uns mit einer Massenimpfung gegen neue Ideen geschützt. Soziale Neuheiten sind aber doch keine Krankheiten.«¹

Dr. Norbert Blüm, Bundesarbeitsminister

1 Die Ordnungspolitik kommt zu kurz

Bei allem Respekt vor der Verarbeitung volkswirtschaftlicher Daten durch den SVR, die Ordnungspolitik kommt dabei zu kurz. Immer wieder hat der SVR den ihm gesetzlich vorgeschriebenen »Rahmen der Marktwirtschaft« gesprengt. Zwar weist er selbst darauf hin: »Jede Wirtschaftspolitik, Angebotspolitik wie Nachfragepolitik, das ist unumstritten, wirkt in Marktprozesse hinein, die von einzelwirtschaftlichen Entscheidungen gesteuert werden und im Prinzip nicht zu ihrer Disposition stehen.« (57*) Er empfiehlt auch zu prüfen, »ob nicht die Vielzahl von Marktinterventionen in Form von Subventionen, Regulierungen, sowie der Umfang und die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme zu einer allzu hohen Belastung geworden ist.« (56*) – Doch bezeichnend ist es für die Ordnungsvorstellungen des SVRs, daß er von »Steuerungsfehlern im Marktprozeß« (56*) spricht. Wer in der Marktwirtschaft ein Instrument sieht, das der Steuerung (durch die Wirtschaftspolitik) bedarf, hat die marktwirtschaftliche Ordnung nicht bis zu Ende gedacht. Der Markt entspricht ja einem kybernetisch perfekt geregelt – das heißt sich selbst steuernden – System, wie wir es überall in der Natur vorfinden. Es bedarf also keiner *Steuerung von außen*.

Eine ungestörte Marktwirtschaft stellt für alle hinreichend Arbeit und – entsprechend dieser Arbeit – Güter zur Verfügung. Wenn *Gleichgewichtsstörungen* auftreten und der Markt »verrückt spielt« – zu wenig Arbeit und Wohnungen, zuviel Stahl und Butter –, dann ist entweder ein *Fehler im System* – der gesucht und repariert werden muß – oder es wurde *von außen* in dieses Marktsystem eingegriffen und damit durcheinander gebracht. Tatsächlich verursacht ein Fehler im System Gleichgewichtsstörungen, aber die darauf erfolgten Eingriffe in das Marktgeschehen verschärfen diese nur noch. Wo liegt nun der Fehler in unserer sonst doch so leistungsfähigen Marktwirtschaft?

¹ Der Spiegel 1982/49/51.

2 »Einkommen muß nicht zu Nachfrage werden«

Ich halte es für außerordentlich bemerkenswert, daß der SVR in seinem JG 1981/82 (Teilz. 301) erstmalig seit seinem Bestehen diesen schwerwiegenden Fehler unserer Marktwirtschaft zur Sprache brachte. Endlich hat er einmal Ursachenforschung betrieben – statt einfacher Datenverarbeitung und -extrapolation für zweifelhafte Prognosen. Er stellt fest: »Einkommen muß nicht zu Nachfrage werden.« Mit anderen Worten: Der Markt braucht nicht in gleichem Rhythmus geräumt werden, wie er gefüllt wird. *Allein aus diesem Absatzmangel entsteht aber die Arbeitslosigkeit.*

Solange ein Nachfrageausfall allerdings durch die Geldvermehrung der Notenbank kompensiert – und überkompensiert – wurde, konnte sich dieser Fehler nicht auswirken. Und soweit er überkompensiert würde, führte das zur Inflation, die ihrerseits die Nachfrage (= Geld) wieder auf den Markt trieb. Das änderte sich nach der Verflüchtigung der Geldillusion (*Fisher*), indem man immer mehr dazu überging, in Realgrößen zu rechnen und außerdem versuchte, die gestiegenen Inflationsraten wieder herunter zu bringen (vergl. Ziffer 2.25).

Der SVR kommt auf diesen Fehler in unserer Marktwirtschaft in seinen folgenden Gutachten nicht zurück; offenbar unterschätzt er sein Gewicht für unsere Wirtschaftsverfassung. Und schlimmer noch, er lastet diesen Fehler, der ja zweifellos in unserem heutigen *Geldsystem* begründet liegt, dem *Marktsystem* an und bringt damit das so segensreiche Marktsystem in Verruf, dem er doch sogar gesetzlich verpflichtet ist.

2.1 Der Fehler liegt im Geldsystem

Anscheinend ist der SVR mehr durch Zufall auf diesen Kardinalfehler unseres Geldsystems gekommen. Bekanntlich ist die sogenannte *Angebotspolitik* heute Mode, sie wird darum auch vom SVR warm empfohlen: »Das Angebot, das Produzieren, schafft über das Einkommen, das dabei erzielt wird, kaufkräftige Nachfrage.« (JG 81/82 Ziff. 301) Dabei hat *Keynes* unendlich viel Mühe darauf verwandt zu zeigen, daß dieses *Saysche Theorem* (Das Angebot schafft sich selbst seine Nachfrage) nicht stimmt. Und weil es nicht stimmt, gibt es eben die Gleichgewichtsstörungen in unserer Wirtschaft. Dagegen gäbe es in einer *Geldwirtschaft* eben keine Garantie, sagt der SVR. In der *heutigen Geldwirtschaft* müßte es heißen. Denn warum sollte es keine Geldtechnik geben, bei der die Geldeinkommen sofort wieder als Nachfrage auf dem Markt erscheinen? Schließlich ist doch die heutige Geldtechnik eine menschliche Einrichtung, die sich ohnehin laufend verändert hat – von der Kaurimuschel

über das Gold zum »ungedeckten« Papiergeld – und die man weiter modernisieren bzw. den wirtschaftlichen Erfordernissen anpassen kann. Und die man schließlich anpassen muß, wenn man Gleichgewichtsstörungen und Arbeitslosigkeit vermeiden will.

2.2 Warum eine »unvermeidliche Inflationsrate«?

Zur heutigen Geldtechnik gehört, daß die Bundesbank – wie die meisten Notenbanken in der Welt – immer eine mehr oder weniger hohe Inflationsrate praktiziert. Genau so gut hätte sie ein stabiles Geld praktizieren können, zumal ihr die Geldwertstabilität gesetzlich vorgeschrieben ist. Und warum hält sie sich nicht an das Gesetz? Weil die »sozialen Kosten« eines stabilen Geldes zu hoch seien, hat sie bisher darauf geantwortet. Sie befürchtet offenbar, daß die Geldeinkommen nicht gleich wieder als Nachfrage auf dem Markt erscheinen, wenn sie nicht mit ein bißchen Geldentwertung nachhilft. Wer wird schon Geld zurückhalten, wenn es laufend an Wert verliert?

Die Bundesbank ist mit dieser Politik mehr schlecht als recht gefahren, denn entweder war die Inflationsrate nicht hoch genug, um alle Geldeinkommen wieder auf den Markt zu treiben, oder sie war zu hoch geworden, so daß die Bundesbank die aufgeblähte (inflationierte) Geldmenge wieder dämpfen mußte, was dann prompt zur Dämpfung der Konjunktur führte. Der Stop-Politik folgte die Go-Politik und der Go-Politik wieder die Stop-Politik; eine Stabilitätspolitik – von der sie so oft spricht – hat sie bisher noch nie getrieben.¹

2.21 Das Problem des Geldumlaufs

»Aus Mißtrauen bringen sie den Güterverkehr ins Stocken, indem sie das Geld zu Hause sammeln, statt es zu gemeinem Nutzen wieder in Umlauf zu setzen; und so wird es knapp, auch wenn es reichlich vorhanden ist.«

*Anonymus Yamblichi: 5. Jh. a. Chr.*²

Das Problem des Geldumlaufs ist rund 2500 Jahre alt und mit der »unvermeidbaren« Inflationsrate doch recht unzureichend gelöst. »Das Begehren zur

¹ Die meisten Mitglieder des Zentralbankrats, des obersten Beschlußorgans der Bundesbank, fühlen sich vor allem als Bankiers für den »Zahlungsverkehr« und für die »Kreditversorgung der Wirtschaft« (BBkG § 3) verantwortlich – besonders in der Rezession –, sie übersehen dabei, daß die Kreditversorgung nur »mit dem Ziel, die Währung zu sichern« (BBkG § 3) erfolgen darf. Diese Aufgabe erfordert aber *Währungsfachleute*, die im Zentralbankrat noch immer eine Minderheit waren und somit leicht überstimmt werden konnten. Nach dem Eingeständnis von *Helmut Schlesinger*, dem Vizepräsidenten der Bundesbank, sind der Notenbankpolitik »in den meisten Industrieländern in der Vergangenheit schwerwiegende 'Kunstfehler' unterlaufen«, wobei er die Bundesbank keineswegs ausnahm (BBk-Auszüge aus Presseartikeln v. 10.12.82, S. 2).

² Gem. Peter I. *Hodina* in »Neue Ordnung«, Linz 1982/1/8. Zitiert aus *Iamblichos'* »Protreptikos« XX. Kapitel.

Sicherung der Deutschen Mark«¹ wurde 1951 lanciert und enthielt praktisch nur zwei Forderungen: einmal die Stabilisierung des Geldwertes (Indexwährung) und zum anderen: »Der stetige Umlauf der Deutschen Mark ist durch geeignete technische Mittel zu sichern.« Obgleich zum Komitee dieses Begehrens prominente Bundes- und Landtagsabgeordnete aller Parteien gehörten – unter ihnen der damalige Innenminister Dr. Dr. h.c. *Robert Lehr* und der heutige Ministerpräsident von Bayern –, blieb es praktisch ohne Wirkung.

Die meisten Politiker haben dieses Geldproblem weder gesehen noch begriffen, worum es dabei eigentlich ging. Darum soll hier noch einmal etwas ausführlicher darauf eingegangen werden.

Wieviele es von den vielzitierten Omis gibt, die ihr Geld im Strumpf oder unter der Matratze sparen, wieviele aus steuerlichen Gründen Geld zurückhalten und in den Haus- oder Banktresor legen (*Keynes* sprach von der Spekulationskasse), wieviel aus der Schattenwirtschaft nicht in die Banken zurückläuft und wieviel deutsches Bargeld im Ausland sein mag und damit dem inneren Geldumlauf entzogen wurde, das alles soll hier nicht näher untersucht werden, man kann es nicht annähernd schätzen. Die US-Notenbank stellte fest, daß von allen 100-Dollar-Scheinen nicht einmal jeder zehnte in der Wirtschaft zirkuliert, die meisten würden gehortet – trotz der laufenden Geldentwertung!²

Daß es sich bei diesen Geldern um ganz beträchtliche Beträge handeln muß, läßt sich daran erkennen, wie sich das Verhältnis von Sozialprodukt und Bargeldmenge – der sogenannten Umlaufgeschwindigkeit des Geldes – ändert. Bargeld, das seinem eigentlichen Zweck – den Umschlag von Gütern und Leistungen in Gang zu halten – entzogen wird, verursacht Stockungen im Geld-Güterkreislauf und damit Arbeitslosigkeit. Es braucht gar nicht untersucht zu werden, warum und weshalb – trotz »unvermeidbarer Inflationsrate« – Bargeld dem Verkehr entzogen wird. Es genügt zu berechnen, ob und wie sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (das heißt der Nutzungs- oder Wirkungsgrad des Geldes) geändert hat, was die Bundesbank laufend tut. Da die Bundesbank gegen solche Änderungen – Hortung und Enthortung von Bargeld – machtlos ist, jedenfalls mit der heutigen Geldtechnik, hat sie diese bei ihrer Geldmengenpolitik zu berücksichtigen.

Für den Geldfachmann sei hier angemerkt, daß sich die *statistisch berechnete* Umlaufgeschwindigkeit des Geldes immer auch dann ändert, wenn die Bundesbank selbst die Geldmenge verändert. Dieser Gesichtspunkt wurde

¹ Die freiwirtschaftliche Schule in der Bundesrepublik startete 1951 »Das Begehren zur Sicherung der Deutschen Mark«. Dem »Komitee« gehörten vor allem Bundes- und Landtagsabgeordnete aller Parteien wie auch Professoren und Fabrikanten an.

² Der Spiegel 1982/20/130.

hier zur besseren Verständlichkeit außer Acht gelassen, aber es darf wohl damit gerechnet werden, daß ihn die Bundesbankstatistiker beachten.

Es genügt hier festzuhalten, daß die Geldeinkommen nicht im gleichen Rhythmus auf dem Markt erscheinen, wie sie verdient wurden und daß daraus Gleichgewichtsstörungen entstehen – was der SVR richtig erkannt hat.

Wenn die Bundesbank sich nicht auf ein bestimmtes Geldmengen(vermehrungs)ziel festlegt, sondern sich einen »Zielkorridor« von 4 bis 7 % für dieses Jahr vorbehält, dann nur deswegen, um »einem gewissen Handlungsspielraum, um schwankenden Kassenhaltungsbedürfnissen der Wirtschaft Rechnung zu tragen«, das heißt aus »Rücksicht auf das in hohen (gehobenen! d. Verf.) Geldbeständen liegende Inflationspotential« (*Helmut Schlesinger*, Vizepräsident und Chefvolkswirt der Bundesbank).¹ Damit wird von maßgeblicher Seite bestätigt, daß trotz der Inflation große Bargeldbeträge dem Wirtschaftskreislauf entzogen werden – was ja vielfach bezweifelt wird.

2.22 Sprachkritik an der Bundesbank

Im Monatsbericht der Bundesbank Dezember 1982 heißt es S. 9: »Wie schon im Jahre 1982 so ist auch für 1983 damit zu rechnen, daß sich (? der Verf.) der 'Geldmantel' vorerst rascher ausweitet als das nominale Sozialprodukt.«

Hier wird die Verantwortung für die Ausweitung der Geldmenge »bemäntelt«, denn sie kann sich natürlich nicht selbst ausweiten, das kann nur ihre Schneiderin, die Bundesbank.

In einer Periode der Konjunkturschwäche, die in der Wirtschaft erfahrungsgemäß dazu tendiert, höhere 'Vorsichtskassenbestände' zu halten (im statistischen Ergebnis also die 'Umlaufgeschwindigkeit' des Geldes sinkt), erscheint ein temporär beschleunigtes Wachstum (? der Verf.) der Geldmenge vertretbar.«

Hier müßte es korrekt »beschleunigte Vermehrung« heißen, denn die Geldmenge *wächst* ja nicht wie ein Baum. Man sollte diese Sprachkritik nicht für kleinlich halten, denn »man merkt die Absicht, und man wird verstimmt«, würde *Goethe* dazu sagen. Die Bundesbank legt sonst – dankenswerter Weise – soviel Wert auf eine korrekte und verständliche Ausdrucksweise, so daß hier der Verdacht aufkommen muß, sie will die wahre Urheberschaft der Geldvermehrung – und damit für die Höhe der Inflationsraten! – möglichst undurchsichtig halten. Und wenn *Helmut Schlesinger* – am 15.11.82 im

¹ Dr. Drs.h.c. *Helmut Schlesinger*:

1. Die Geldmengenpolitik der Bundesbank, ZKW, Frankfurt, v. 1.1.1983.

2. Geldpolitik im Zeichen der Unsicherheit, BBk-Auszüge aus Presseartikeln 1982/108/1.

Deutschlandfunk – sagt: »Wir *haben* jetzt eine kräftige monetäre Expansion.«, so wäre es gewiß ehrlicher und informativer gewesen, wenn er gesagt hätte: »Wir *machen* jetzt eine kräftige monetäre Expansion.«

2.23 Neue Geldtechnik statt Inflationsbetrug

Die Bundesbank hat mit der laufenden Geldvermehrung die Geldmenge einem potentiell wachsenden Sozialprodukt anzupassen, damit der Geldwert möglichst stabil bleibt. Diese *Hauptaufgabe der Bundesbank* wird durchkreuzt, wenn Teile der Geldmenge überhaupt nicht umlaufen, das heißt zeitweise zurückgehalten werden können, was die Bundesbank mit einer schwankenden Dauerinflation (»unvermeidbare Inflationsrate«) zwar zu verhindern sucht, aber neuerdings ohne Erfolg. Die Bundesbank kommt somit nicht daran vorbei, sich eine technisch neue *Umlaufsicherung des Geldes* zuzulegen.

Eine technisch andere Umlaufsicherung des Geldes ist auch schon deswegen unerlässlich, weil eine Dauerinflation ein unverantwortlicher Dauerbetrug der (kleinen) Sparer ist. Es kann ja nicht bestritten werden, daß es sich hier wirklich um einen *Betrug* handelt; warum in aller Welt zwingt man die Bundesbank nicht – notfalls gerichtlich – zu einer neuen Geldtechnik?

Eine neue Geldtechnik muß sicherstellen, daß das gesamte Geldeinkommen auch wieder als Nachfrage auf dem Markt erscheint, daß das Geld tatsächlich umläuft. Mit dieser Forderung unterscheiden wir uns von den *Friedman*-Monetaristen, die sich um den *Geldumlauf* nicht kümmern, weil sie ihn für relativ konstant halten. Aber sowohl *Paul Volcker*, der Vorsitzende des Federal Reserve Board (der unserem Bundesbankpräsidenten entspricht)¹, wie auch *Henry Wallich*, Mitglied des Rats der Gouverneure des Zentralbanksystems (entspricht dem deutschen Zentralbankrat)², haben kürzlich ihren Kummer mit der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zugegeben.

Mit Recht kritisiert auch *Wolfram Engels* dieserhalb die Monetaristen, wobei er aber nur die *Friedman*-Monetaristen gemeint haben kann. »So betrug die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (die eigentlich konstant sein müßte) im Herbst 1923 mehr als das Tausendfache von 1913. Im Jahre 1931 lag sie dann nur noch bei zwei Dritteln von 1929.«³ Da sind wir uns mit *Engels* einig. Aber welche Folgerungen zieht *Engels* denn nun aus seinen Feststellungen? Bisher ist kein Vorschlag von ihm bekannt geworden, wie man die verhängnisvolle Rolle der »Umlaufgeschwindigkeit des Geldes« in den Griff bekommen könnte.

1 FAZ v. 22.7.82.

2 Prof. Dr. Henry C. Wallich: Geldmengenpolitik bei sinkender Inflation, ZKW v. 1.1.83.

3 Cray, Capital 1982/10.

2.24 Wolfram Engels und der Monetarismus

Engels spricht von den »Rückzugsgefechten« des Monetarismus. Der Eindruck konnte nur entstehen, weil viele die *Reagonomics* und den *Thatcherismus* bereits für Monetarismus halten. Immerhin darf als Bestätigung des Monetarismus sicher gelten, daß die knappe Geldversorgung in der Bundesrepublik, den Vereinigten Staaten, England oder Chile in der letzten Zeit zu sinkenden Inflationsraten geführt hat. Denn unter Monetarismus versteht man doch zunächst nur, daß der *Geldwert von der Mengendosierung des Geldes abhängt* (Quantitätstheorie). Die eigentliche *monetaristische Ordnung* fängt aber doch erst beim stabilen Geldwert an, wenn ich *Friedman* richtig verstanden habe. Aber wo haben wir die schon? Darum konnte meines Erachtens die »monetaristische Hoffnung« auch nicht »enttäuscht« werden. Eine solche Ordnung hat es bisher immer nur für sehr kurze Zeit gegeben – 1968 hatten wir zum Beispiel eine relativ hohe Geldwertstabilität (Inflationsrate 1,6 %) und nahezu Vollbeschäftigung (Arbeitslosenquote 1,5 %) – und diese Zeiten sprechen eher für als gegen den Monetarismus.

Doch der »*konsequente Monetarismus*« (*Freiwirtschaft*), der neben der *Geldmenge* auch dem *Geldumlauf* einen hohen Rang einräumt, kann auf erfolgreiche Erfahrungen verweisen, wie man sie mit der Geldtechnik zur Zeit der Gotik (*Renovatio monetarum*)¹ oder auch beim *Freigeldversuch* vor genau 50 Jahren in Wörgl in Tirol² gemacht hat, während der Massenarbeitslosigkeit der dreißiger Jahre also.

Im Gegensatz zu den *Friedman*-Monetaristen gibt es für die *konsequenten* Monetaristen kein »Geldmengenziel«, wie das heute von vielen Notenbanken praktiziert wird, sondern nur das Ziel der *Geldwertstabilität*; dafür ist nicht nur die Steuerung der Geldmenge, sondern auch eine *konstante* »Umlaufgeschwindigkeit« des Geldes unerlässlich (Indexwährung).

Wenn *Engels* den Keynesianismus und den Monetarismus für »abgewirtschaftet« hält, so geben wir ihm den »guten Rat«, den er jetzt für teuer hält, es doch einmal mit dem »konsequenten Monetarismus« bzw. mit der *Freiwirtschaft* zu versuchen. Er ist zur Diskussion herzlich eingeladen.

1 *Karl Walker*: Das Geld in in der Geschichte, Lauf bei Nürnberg 1959.

2 1. *Fritz Schwarz*: Das Experiment von Wörgl, Bern 1951.

2. *Silvio Unterguggenberger*: der Schwundgeldversuch von Wörgl, Wien 1957, Manuskript (Dipl.-Arbeit).

Zum 50. Jahrestag des »Freigeldexperiments Wörgl 1932/33« findet vom 12.–15. Mai 1983 in Wörgl/Tirol der »Internationale Wirtschaftspolitische Kongreß« mit dem Thema »Arbeit – Geldordnung – Staatsfinanzen« statt, veranstaltet von der »Internationalen Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung«, Zürich/Schweiz.

Gleiches gilt für *Kurt Richebächer*, der kürzlich sagte: »Nachdem wir die Keynesianer glücklich los sind, haben wir jetzt die Monetaristen im Nacken. Ich finde sie mindestens so schlimm, freilich auf andere Art.«¹

Es scheint Mode geworden zu sein, den Monetarismus ad acta zu legen, bevor er irgendwo richtig zum Zuge kommen konnte, denn auch die Wirtschaftswoche (1983/4) schrieb: »Die monetaristische Geldpolitik hat ihre Aufgabe erfüllt. Angesichts von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit fällt der Abschied nicht schwer.« Hat das Nobel-Komitee mit *Milton Friedmann* den falschen Propheten erwischt?

2.25 Sinkende Inflationsraten bedeuten Arbeitslosigkeit

Seit 1982 praktiziert unsere Bundesbank angesichts des Arbeitslosenheeres wieder eine Go-Politik; sie will die Geldvermehrung (die Nachfrage) am oberen Rande ihres Zielkorridors halten. Natürlich wäre es besser gewesen, wenn die Bundesbank gleich zu Beginn der Rezession – oder noch etwas früher – wieder auf die Go-Politik umgeschaltet hätte. Doch das mochte sie nicht riskieren, weil sie damit die Inflationsrate, die immerhin rund 6 % betrug, nur noch weiter hinauf- und manche auf die (Geld-)Barrikaden getrieben hätte. Es blieb ihr also nichts weiter übrig, als zunächst ihre Stop-Politik weiter und die Arbeitslosenzahlen in die Höhe zu treiben.

Inzwischen haben sich in der Wirtschaft ganz neue Verhaltensweisen herausgebildet; man hat gelernt, mit den Inflationsraten umzugehen. Ob beim Lohn oder beim Zins, überall wird die zu erwartende Inflationsrate einkalkuliert. Die *Geldillusion* ist besonders bei jenen verfliegen, auf die es ankommt, bei den Investoren. Für sie wird es immer schwieriger, zum Inflationsgewinner zu werden, wie das lange Zeit nach dem Kriege möglich war. Man lieh sich gutes Geld und zahlte schlechtes zurück. So wurden manche Investitionen vorgenommen, die man normaler Weise nicht riskiert hätte; manche Kapazitäten sind da über das erforderliche Maß hinaus gewachsen.

Heute achtet der Geldgeber aber auf den Realzins (Nominalzins abzüglich Inflationsrate) und da wird dem Investor der Kredit oft zu teuer.

»Das konjunkturelle Stimulans der Inflation ist verbraucht« - stellte der SVR einmal fest (JG 1975/76 Ziff. 380). Das trifft sicher zu, wenn die Bundesbank eine Stop-Politik betreibt und allgemein ein Rückgang der Inflationsrate erwartet wird. Das aber bedeutet doch für den Investor, daß er schlechten Kredit mit gutem Geld zurückzahlen müßte, wenn man die jeweilige Inflationsrate in den Zins einkalkuliert. Wer will schon ein solches Risiko eingehen.

¹ »Der langfristige Kredit« Nov. 1982

Halten wir fest: Eine fallende Inflationsrate hat keine die Nachfrage nach Investitionskrediten stimulierende Wirkung mehr wie eine steigende Inflationsrate. Im Gegenteil: sie dämpft die Investitionslust genau wie fallende Preise (wie die Deflation). Das Ergebnis einer »erfolgreichen« restriktiven Geldpolitik – die Inflationsrate sinkt – ist immer eine steigende Zahl von Arbeitslosen, sofern die Geldillusion überwunden wurde. Da das im Investitionssektor weitgehend der Fall ist – insofern hat sich unsere Industriegesellschaft gewandelt –, kann man *mit der Geldpolitik keine Konjunkturpolitik mehr betreiben*.

2.26 Unsere Geldpraxis ist ein Skandal

Auch aus rein moralischem oder rechtlichem Grunde muß die heutige Geldpolitik geändert werden. Daß jede Inflation ein Betrug ist, haben selbst die Bundesbankpräsidenten *Blessing* und *Emminger* zugegeben, das dürfte auch sonst unbestritten sein. Gegen diesen Betrug könnte man sich leicht mit Wert-sicherungsklauseln (Indexklauseln) absichern. Es ist doch geradezu ein Skandal, wenn das gesetzliche Verbot einer solchen Absicherung (WährG § 3) auch nach 30 Jahren Inflation immer noch gilt. Es ist ebenfalls ein Skandal, daß die in der »Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer« zusammengeschlossenen Banken- und Versicherungsverbände nichts gegen diese Paragraphen unternehmen, wie auch keine politische Partei bisher. Darf man den neuen »grünen« Abgeordneten zutrauen, daß sie hier Versäumtes nachholen?

Es wäre selbstverständlich besser, wenn man – statt Streichung des § 3 des Währungsgesetzes – die Stabilisierung des Geldwertes selbst betreiben würde. Aber das kann man nicht, solange man glaubt, mit einer »unvermeidbaren« Inflationsrate den Umlauf des Geldes – und damit die Konjunktur! – absichern zu müssen.

2.27 Der Notenbankier soll bei seinem Leisten bleiben

Es ist die ureigenste – und gesetzlich vorgeschriebene! – Aufgabe der Bundesbank, den Geldwert zu stabilisieren und stabil zu halten. Da der anerkannt beste Maßstab für die Geldwertstabilität der Lebenshaltungskostenindex ist – er wird monatlich festgestellt und seine prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr ergibt die Inflationsrate –, hat die Bundesbank dafür zu sorgen, daß sich dieser Index nicht verändert, das heißt, sie hat eine *Indexwährung* zu betreiben.

Rein geldtechnisch bedeutet das, die Bundesbank muß die Geldmenge – das heißt die Nachfrage – dem Angebot von Gütern und Dienstleistungen anpassen. Wenn ihr diese Anpassung heute kaum gelingt, so liegt das einfach daran:

»Das Einkommen muß (heute) nicht zu Nachfrage werden« (SVR). Im Gegensatz zum SVR begnügen wir uns nun aber nicht einfach mit dieser Feststellung, sondern fordern eine Geldtechnik, die das Einkommen sofort wieder zur Nachfrage zwingt (Umlaufsicherung des Geldes). Es gibt eine ganze Reihe von Vorschlägen, wie das rein geldtechnisch zu machen ist. Zur Zeit der Gotik mußten die Münzen von Zeit zu Zeit gegen eine Gebühr (Schlagschatz) umgetauscht werden.

Dem Aufschrei: Nur keine Experimente mit dem Geld! wäre entgegenzuhalten: Daß Millionen von Arbeitslosen allemal Experimente rechtfertigen. Was ist denn die Stop- und Go-Politik der Bundesbank sonst als der Versuch, auf die Konjunktur bzw. auf die Arbeitslosigkeit einzuwirken? Obgleich ihr dieser Versuch immer wieder mißraten ist, darf sie ihn immer wieder wiederholen. Wie lange noch?

»Die Geldpolitik muß lernen, nicht unbedingt die erste Geige im konjunkturellen Konzept spielen zu wollen. Zur aktiven Förderung des Wirtschaftswachstums hat sie sich als ungeeignet erwiesen. Selbst die Glättung der Konjunkturschwankungen ist häufig ins Gegenteil mißraten. Zu wenig wissen wir über die zeitliche Abfolge der Wirkungen geldpolitischer Maßnahmen, um eine Feinsteuerung der Wirtschaft mit Aussicht auf Erfolg versuchen zu können. So bleibt dem Notenbankleiter nur die Erkenntnis, daß letztlich auch er bei seinem Leisten zu bleiben und sich auf die Uraufgabe der Geldpolitik, die Sicherung der Preisstabilität, zu konzentrieren hat.« *Fritz Leutwiler*
Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank¹

Je mehr Arbeitslose es gibt, desto mehr wird der nächste Krieg vorbereitet. Haben wir vergessen, wohin die Arbeitslosigkeit der dreißiger Jahre geführt hat? Zum Nationalismus, zur Völkerverhetzung, zur Aufrüstung – dafür wurde das Geld mit Tricks (Mefo-Wechsel) zur Verfügung gestellt – und zum Krieg. Niemand bestreitet heute, daß die Deflationskrise der dreißiger Jahre von der *Geldtechnik* – durch die Verringerung der *Geldmenge* – verursacht worden ist. Von der *Geldtechnik* über die Arbeitslosigkeit zum Krieg führt ein direkter Weg.

War es damals die *Geldmenge*, deren Funktion man nicht erkannte, so ist es heute der *Geldumlauf*, dessen mangelhafte Funktion man zwar zugibt – Einkommen muß nicht zu Nachfrage werden (SVR) –, ohne die Konsequenz zu ziehen, das zu ändern.

¹ Vortrag in der Landeszentralbank in Berlin am 16.11.82 gem. BBk-Auszüge aus Presseartikeln 1982/101/1.

Leutwiler ist zuzustimmen, wenn er sagt, der Notenbankleiter soll bei seinem Leisten – der Geldwertstabilität – bleiben. Er hat aber nicht nur auf die Geldmenge zu achten, sondern auch darauf, daß das Einkommen restlos wieder zu Nachfrage wird, damit keine Wirtschaftsstockung bzw. Arbeitslosigkeit entsteht.

3 *Hans-Jürgen Krupp*: Wir brauchen einen Nachfrageanstoß

Es muß mehr Nachfrage, mehr Geld auf den Markt getrieben werden, damit er geräumt wird und Platz macht für neue Produktionen, darin sind sich alle einig.

Mit Professor *Hans-Jürgen Krupp* hat die »Mehrheit« des SVR eine neue »Minderheit« erhalten (auch bei diesem *Fachgelehrten*gremium soll die »politische« Ausgewogenheit gewahrt bleiben). *Krupp* war wirtschaftspolitischer Berater des Kanzlerkandidaten der SPD, ist seit 1979 Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, (DIW); ihm stehen somit wissenschaftliche Hilfstruppen zur Verfügung, womit er der »Mehrheit« des SVR mit seinem großen wissenschaftlichen Stab schon Paroli bieten kann.

Krupp hat richtig erkannt, daß die Nachfrage (also die Geldseite) in der Marktwirtschaft entscheidend ist. Und zur Zeit hätten wir eine *Nachfrage-lücke*, zu geringe Massenkauflkraft. Wofür sollten auch die Unternehmen investieren, wenn die Nachfrage fehlt, sagt *Krupp*.¹ Wir brauchen also einen *Nachfrage-Anstoß*, »und der kommt nicht vom Himmel«. Er macht der Finanzpolitik den Vorwurf, daß sie die Nachfrangelücke nicht geschlossen habe. Andererseits möchte er aber auch nicht als Anti-Marktwirtschaftler gelten; er sagt an anderer Stelle², es gehe ja nicht um große Sonderprogramme, sondern nur »um eine verstetigte, am Wachstum orientierte Nachfrage- und Angebotspolitik«, um eine »gemischte Strategie«.

Krupp stellt sich nicht die Frage, wie es denn überhaupt zu einer Nachfrangelücke kommen konnte. *Die Summe der Einkommen, die für Leistungen an den Markt bezahlt wird, muß ja ausreichen, um den Markt auch wieder zu räumen*. Wenn wir trotzdem eine Nachfrangelücke haben, dann liegt es eben daran, daß Einkommen nicht zu Nachfrage werden muß, was der SVR in seinem vorigen Gutachten festgestellt hat, an dem *Krupp* noch nicht mitgearbeitet hatte. Unter Beachtung dieser nicht zu bestreitenden Feststellung würde es dann aber doch genügen, die zurückgehaltene Nachfrage bzw. das zurückgehaltene Geld wieder auf den Markt zu treiben! Und wenn dafür die Zinsen

¹ Der Spiegel 1983/7/40.

² *Krupp*: Perspektiven der Arbeitsmarktentwicklung in den achtziger Jahren, in »aus Politik und Zeitgeschichte« – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 38/82 v. 25.9.1982.

oder eine Investitionszulage als Lockmittel noch nicht ausreichen und auch die Einschüchterung mit einer »unvermeidbaren« Inflationsrate noch nicht, dann muß man sich schon eine andere Strafandrohung dafür suchen, wenn das öffentliche Verkehrsmittel Geld von privater Seite zurückgehalten wird. Man nimmt ja auch ein Standgeld für Güterwaggons für die Zeit, in der sie – durch Nicht-Entladen oder Nicht-Beladen – dem Verkehr entzogen werden; und notfalls erhöht man eben dieses Standgeld, bis alle Güterwaggons wieder rollen und ihren eigentlichen Zweck erfüllen.

Wie der Güterwaggon darf auch das Verkehrsmittel Geld nicht als Eigentum der Nutzer betrachtet werden. Wer es zeitweilig nicht braucht, soll es zur Bank bringen, damit keine *Nachfrangelücke* im Wirtschaftskreislauf entsteht. Denn diese Nachfrangelücke – und das bestreitet ja niemand – verursacht Arbeitslosigkeit.

Bevor man die Finanzpolitik einschaltet und damit die Marktregelung ausschaltet, sollte man es mit einer anderen Geldtechnik versuchen, wie sie oben dargelegt wurde. Man würde damit auch das Weiterwuchern der Staatsbürokratie verhindern.

Als *Krupp* noch Aussicht hatte, Wirtschaftsminister zu werden, baute er schon vor: er erwarte für die 80er Jahre eher noch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit. Damit hat er zugegeben, auch er weiß keinen Weg, sie zu beseitigen. Aber darauf kommt es heute doch vor allem an, nicht nur auf eine Verminderung der Arbeitslosigkeit. (Diese Ehrlichkeit ehrt ihn. Aber was hilft ein solcher Mann als neuer Berater im SVR oder gar als Minister?) Grundsätzlich unterscheidet sich die neue »Minderheit« im SVR mit ihrer »gemischten Strategie« in keiner Weise von dessen alter »Mehrheit«.

4 Wenn der Wohnungsmarkt »verrückt spielt«

Wohin es führt, wenn man marktwirtschaftliche Regelungen einschränkt, das zeigt der Wohnungsmarkt. Viele alte Mietshäuser, die an sich kostengünstig zu modernisieren gewesen wären, wurden abgebrochen, denn es gab nur für neue Mietshäuser staatliche Subventionen, nicht für Renovierungen. So wurden aus relativ billigen teure Mietwohnungen gemacht. So sorgte der Staat dafür, daß jetzt billige Wohnungen fehlen. Man sah den Fehler ein und führte die Abschreibungsvergünstigung des § 7 b auch für Altbauten und Subventionen für Modernisierungen ein. Das bedeutet aber doch Steuern sparen und Geld vom Staat für jene, die es eigentlich gar nicht nötig haben. In den alten »Sozialwohnungen« – 1 % Zins für öffentliche Darlehen – wohnen heute ja nicht gerade die sozial Schwachen, und die neuen »Sozialwohnungen« können nicht einmal die sozial Schwachen, bezahlen. Die Mietgesetzgebung hielt

die Versicherungsgesellschaften und jene Sparer, die ihr Geld gerne im Wohnungsbau anlegen würden (weil das Risiko – anders als bei Börsenpapieren – leicht überschaubar ist), vom Wohnungsbau ab, weil jetzt auch die vielen Einschränkungen den Markt unüberschaubar und unrentabel machten.

Die Menschen werden sich doch auf dem Automarkt oder auf dem Waschmaschinenmarkt immer handelseinig, warum sollten sie sich nicht auch auf dem Mietwohnungsmarkt handelseinig werden? Man wende nicht ein, im Gegensatz zu diesen Märkten sei das Angebot auf dem Wohnungsmarkt knapp. Niemand weiß nach Ausschaltung des Marktes wie das Angebot-Nachfrageverhältnis hier wirklich aussieht, solange man hier hineininterweniert.

»Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sind allein 50 % aller Haushalte (gut 11 Millionen Familien) zum Bezug der besonders verbilligten Sozialwohnung berechtigt. Nach den Richtlinien für etwas geringer geförderte Wohnungen durch den Staat sind sogar 70 % aller Haushalte anspruchsberechtigt (fast 16 Millionen Familien).¹ Daraus ergibt sich:

- Nur ein Bruchteil der Anspruchsberechtigten kann eine staatlich geförderte Wohnung bekommen, es herrscht also das Lotterieprinzip.
- Was sind wir für ein armes Volk. Es reicht den meisten gerade noch zum Kauf und zur Unterhaltung eines Autos – zum Marktpreis! – (das kostet genau so viel wie eine Wohnung), für eine Wohnung reicht es dann nicht mehr, da muß Vater Staat helfen.

Muß der Wohnungseigentümer seine Wohnung unter dem Marktpreis vermieten, damit der Mieter ein Auto fahren kann? Und wenn die Wohnung seine gesparte Altersversorgung darstellt, muß er jetzt seinen Gürtel enger schnallen, damit sein Mieter Auto fahren kann!

Wenn man bedenkt, daß es doch die marktwirtschaftliche Ordnung war, die uns den Aufbau nach dem Kriege ermöglichte, sollte sie gerade auf dem Mietwohnungsmarkt versagt haben? Und warum? Bei der »unvermeidbaren« Geldentwertung hätte man sicher gerne in den Wohnungsbau investiert – immer noch eine der risikolosesten Anlagen –, hätte der »fürsorgliche« Staat seine Finger aus dem Markt gelassen. Ein größeres Wohnungsangebot hätte gewiß zu erträglichen Marktmieten geführt, genau so, wie auch die Marktpreise des Autos, der Waschmaschine oder der Urlaubsreise als durchaus erträglich angesehen werden.

¹ Zitiert von *Renate Merklein*: Der Griff in die eigene Tasche, *Der Spiegel* 1980/25/71.

4.1 Neue Herren mit altem Konzept

Die neue Regierungskoalition hat nicht zuletzt deswegen die Mehrheit erhalten, weil der Wähler glaubte, daß sie mehr von der Marktwirtschaft versteht als die alte Koalition. Denn wer dachte dabei nicht an *Ludwig Erhard*, als es hieß, den Aufschwung wählen. Nach dem Regierungsantritt wird allerdings von der marktwirtschaftlichen Ordnung nicht mehr gesprochen. Im Gegenteil, man macht weiter im alten Trott der staatlichen Intervention in die Wirtschaft. Beschlossen wurde das noch von der alten Koalition aufgelegte Investitionshilfegesetz: 2,5 Mrd DM sollen eingesammelt werden für die »Förderung des Wohnungsbaus«. Da gibt es nun den »1. Förderweg« für den alten so arg mißratenen »sozialen Wohnungsbau« und den »2. Förderweg« zur Förderung von »Eigentumsmaßnahmen«; und 3. gibt es das »Programm zur Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen«. Mit der kostenlosen Verteilung solcher Wohnungsbau-Lotterielose – die natürlich nicht der bekommen kann, der ohnehin nichts hat – würden »rund 140 000 bis 200 000 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft gesichert«. ¹ – Wenn man das Geld so auf den Baumarkt treibt, dann treibt man dort auch wieder die Preise in die Höhe, so daß ein Teil davon – nicht von den Bauwilligen – von den Unternehmungen kassiert wird. Und jene Bauwilligen, die kein Wohnungsbaulotterielos abbekommen haben, sind dabei wieder die Dummen. Die soziale Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke.

Dabei hatte der SVR treffend festgestellt: »Nur eine marktwirtschaftliche Reform kann aus der Misere herausführen.« (SG 82) Denn der Wohnungsbau sei doch zu einem Beispiel wirtschaftspolitischer Fehler geworden. Selbst die »Minderheit« des SVRs, *Krupp*, gibt zu bedenken: »Investitionen fördern, heißt immer Geld ausgeben, das in erster Runde vor allem den Besserverdienenden zugute kommt.« (SG 52) – Aber er sagt an anderer Stelle auch: »Eine massive Investitionsförderung ist für die nächsten Jahre notwendig, selbst wenn hierbei problematische Verteilungseffekte in Kauf genommen werden müssen.« ²

Das kommt eben dabei heraus, wenn man zwar für mehr Staatsplanung ist, aber dabei auf marktwirtschaftliche Energie und Dynamik doch nicht ganz verzichten möchte. Wenn die neuen Bonner Herren wirklich soviel Marktwirtschaftler (gewesen) wären, wie sie immer angaben, dann hätten sie die gesamte Wohnungswirtschaft dem marktwirtschaftlichen Regelmechanismus überantwortet, so wie *Ludwig Erhard* seiner Zeit mit einem Federstrich – Aufhebung der Bewirtschaftung – die gesamte Wirtschaft dem Markt überließ.

¹ Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik – Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vom 17.12.82: Maßnahmen der Bundesregierung zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung, S. 6.

² *Krupp* a.a.O., S. 12.

Und wer nun kein Geld für die Marktmiete gehabt hätte? Dem hätte der Staat ja helfen können, was gewiß billiger und »sozial gerechter« gewesen wäre, als »problematische Verteilungseffekte« in Kauf zu nehmen. Gilt es doch heute als Ärgernis, daß wohlhabende Leute in Häusern wohnen, die mit Staatsdarlehen gebaut wurden, die mit 1 % Zins abgestottert werden dürfen, auch als der Marktzins auf rund 10 % angestiegen war.

Wenn der Staat nun unbedingt etwas für den Wohnungsbau tun will, dann könnte er das billiger haben, indem er zunächst einmal die Baubürokratie vermindert. Aber davon hört man nichts. Wer zum Beispiel 1980 bauen wollte, aber wegen der baubürokratischen Verzögerung erst 1981 zum Zuge kam, verlor rund 10 Prozent seiner Bausumme, weil die Baupreise um mehr als 10 Prozent gestiegen waren. Und wenn der Bauherr die Zinsen für einen um 20 bis 25 Tsd DM höheren Kredit nicht aufbringen konnte, dann waren seine Baupläne nichts mehr wert. – Würde unter einer Angebotspolitik, die der SVR empfiehlt, vor allem die Beseitigung von bürokratischen Hemmnissen der Wirtschaft verstanden – und nicht auch eine Subventionspolitik –, dann wäre sie sehr zu begrüßen.

5 Zum (wirtschaftspolitischen) Bauherrenmodell des SVRs

Der SVR erläutert Grundfragen der Stabilitäts- und Wachstumspolitik mit einem eigens dafür ersonnenen »Bauherren-Modell« (284–300). Vorgeführt wird ein potentieller Bauherr, dem aber das Bauen noch zu teuer ist und der darum lieber in seiner womöglich preisgünstigen Sozialwohnung bleibt. Und nun wird hin- und herüberlegt: wie bringt man den Mann zum Bauen? Was spricht für und was gegen wirtschaftspolitische Maßnahmen in der augenblicklichen Situation und überhaupt.

14 verschiedene Möglichkeiten werden untersucht, aber Einigkeit konnte darüber im SVR nicht erzielt werden. *Krupp* wandte gewiß mit Recht ein, daß man das Zusammenspiel der verschiedenen Wirkungsstränge nicht im Blick behalten könne. Nein, selbst ein Computer wäre meines Erachtens dazu nicht einmal in der Lage, zumal die Vernetzung wirtschaftlicher Vorgänge noch wesentlich vielfältiger ist als ein Schachspiel.

Krupp setzt auf die »Gestaltung der realen Vorgänge« durch die Wirtschaftspolitik, genauer: durch die Finanz- und Geldpolitik (299–300). Eigenartigerweise glaubt er nun aber, die Folgen dieser Eingriffe in die Wirtschaft besser übersehen zu können. Immerhin urteilen seine Kollegen vom DIW über die Wohnungsgesetze: »Den Intentionen stehen zum Teil sehr gegensätzliche Folgen gegenüber.«¹

¹ Der Spiegel v. 17.1.1983, S. 44.

5.1 Die »Rentabilitätslücke«

Das Bauherren-Modell des SVR geht von den beiden Maximen aus:

- »Zu hohe Forderungen an das Verteilbare verhindern, daß das Verteilbare überhaupt entsteht.« (284)
- »Einkommensvorstellungen und Ansprüche an den Staat müssen auf das zurückgenommen werden, was der Markt unter den veränderten Bedingungen dauerhaft hergibt, um die *Rentabilitätslücke* zu schließen.« (284)

An anderer Stelle sagte der SVR schon (58*), der Hintergrund für seine Angebotspolitik sei eigentlich *allein die mangelnde Rentabilität*; dem hätten sich die Löhne und der Staat unterzuordnen. Warum zuerst der Zins kommt, untersucht er nicht; die Zinswirkungen seien empirisch schwer erfaßbar (SG 48). Das statistische Konglomerat »Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen« macht es unmöglich, zwischen dem *Unternehmerlohn* (Unternehmergewinn) und dem *Kapitalertrag* (Zins) zu differenzieren.

Für *Krupp* ist der Zins nur insoweit angreifbar, als für seine Höhe – neben dem Staatskredit und dem internationalen Zinszusammenhang – die »sehr einseitige Geldpolitik« der Bundesbank eine Rolle spielt.¹

In einem Gespräch mit *Krupp* vertrat *Gerhard Fels*² die Meinung der »Mehrheit« des SVR, dem er bis zum vorletzten Gutachten selbst angehörte. Noch in diesem Jahr wird er deshalb – seine Meinung verträgt sich gut mit der Industrie – die Leitung des von der Industrie finanzierten Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln übernehmen; zur Zeit ist er noch Vizepräsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. *Fels* sagt: »Die Leute, die Investitionen tätigen, die was riskieren, die ihr Vermögen einsetzen, dürfen nicht allzu stark besteuert werden – sonst investieren sie nicht.« Doch der Wissenschaftler verschweigt auch nicht die Kehrseite der Medaille: »Problematisch ist dabei freilich die *Tendenz der Vermögenskonzentration*.« Und wie der SVR schon seit langem vorschlägt: »Deshalb müßte man im Rahmen der Tarifpolitik mehr für eine Gewinn- und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer tun, um keine *Verwerfung der Vermögensverteilung* entstehen zu lassen.«³ Erst der letzte Satz macht deutlich, worum es hier eigentlich geht und was *Fels* nur indirekt auszudrücken wagt. Natürlich kann man nicht dadurch Millionär werden, daß man steuerlich moderat behandelt wird. Die Tendenz zur Vermögenskonzentration ergibt sich vielmehr aus dem *exponentiellen Wachstum* der großen Vermögen durch den Kapitalertrag, durch den Zins.

¹ *Krupp* a.a.O., S.12.

² Prof. Dr. Gerhard Fels

³ Der Spiegel 1983/7/40.

Bevor der Gewinn in einem Unternehmen festgestellt werden kann, das heißt der Unternehmerlohn, muß die Verzinsung des Fremdkapitals (und auch die des Eigenkapitals) sichergestellt sein. Um es zu wiederholen: Nur die Verzinsung der Vermögen führt zu ihrem exponentiellen (der Zinsertrag wird neu investiert und trägt wieder Zinsen) Wachstum.

Man kann die Bedeutung dieser schlichten Feststellung aber erst ermessen, wenn man sich darüber klar wird, daß das exponentielle Wachstum der Vermögen durch Zins und Zinseszins die Unternehmen zwingt, auch die Produktion nun exponentiell wachsen zu lassen, damit das Kapital immer pünktlich »bedient« werden kann. Und wenn diese »Bedienung« nachläßt – das nennt der SVR: Rentabilitätslücke –, weil die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft soviel Kapital auf den Markt bringt, daß der Kapitalzins sinkt? Dann werden so manche Kapitalerträge nicht neu investiert. Das sei immer dann der Fall, sagt *Keynes*, wenn der reale Kapitalzins unter 2 bis 3 Prozent absinkt. Die Folge ist Rezession und Krise, ist Arbeitslosigkeit.

Es ergeben sich aus der vom Zins abhängigen Wirtschaft also zwei Probleme, die gelöst werden müssen:

- die Krisenanfälligkeit bzw. die Arbeitslosigkeit und
- die Tendenz zur Vermögenskonzentration.

Die Arbeitslosigkeit ist heute das Hauptproblem. Viele Vorschläge zur Verringerung der Arbeitslosigkeit verstärken aber nur die Vermögenskonzentration (durch Schließen der Rentabilitätslücke). Durch eine Modernisierung der Geldtechnik – Umlaufsicherung des Geldes, wie oben dargelegt – wird nicht nur die Arbeitslosigkeit ohne Eingriffe in den Marktmechanismus verringert, sondern auch die Vermögenskonzentration.

Denn mit dem abgesicherten Umlauf des Geldes muß nun auch jener Teil des Einkommens auf dem Markt erscheinen, der für den Lebensunterhalt nicht sofort benötigt und darum gespart wird; nach der Umstellung der Geldtechnik bedeutet Sparen zwangsläufig Investieren – und zwar *ohne Rücksicht auf die Rentabilität*. Das war bisher nicht der Fall. Beim Nachlassen der Investitionen setzt die Rezession ein, dieses Nachlassen muß also verhindert werden, wenn wir die Rezession verhindern wollen. Und wenn wir sie bereits haben, kann nur an dieser Stelle die Konjunktur wieder in Gang kommen. Das war auch bisher schon so, jeder Aufschwung setzte mit der zunehmenden Nachfrage nach Investitionsgütern ein bzw. mit der Erwartung einer zunehmenden Rentabilität für Investitionen. Dann stellten sich auch die Vermögenseinkommen, die Kapitalerträge, die Zinseinkommen wieder für Neuinvestitionen zur Verfügung. Der Bedarf an Verbrauchs- und Gebrauchsgütern ist bei den Beziehern größerer Zinseinkommen ja meist mehr als gedeckt.

Wenn man bedenkt, daß der Anteil des Zinses an der heutigen Wohnungsmiete rund 70 Prozent beträgt, dann können und müssen die Mieten bei sinkendem Kapitalzins ganz erheblich sinken. Und beim Fortfall des Kapitalzinses auf rund ein Drittel ihrer heutigen Höhe? Nein, das ist keine Utopie, sondern eine nachprüfbare Rechenaufgabe. – Wenn die Geldtechnik dafür sorgt, daß das gesamte Einkommen – auch die Ersparnisse! – wieder als Nachfrage auf dem Markt erscheinen – die Ersparnisse für die Investitionen ! –, **dann ist** die Tendenz zum sinkenden Kapitalzins überhaupt nicht aufzuhalten. Dann ist es auch keine Utopie mehr, daß der Zins für relativ risikolose Investitionen, wie den Wohnungsbau, auf Null sinkt. Das ist die *marktwirtschaftliche Lösung des Wohnungsproblems*. Der Staat hätte weiter nichts zu tun, als sich nicht mehr um den Wohnungsmarkt zu kümmern.

»Einer der ersten Hirtenbriefe zur sozialen Frage, den ich kenne, ist 1845 in Frankreich vom Kardinal *Giraud von Cambrai* veröffentlicht worden. Dort steht der Satz: Die Kirche lehnt »die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen« ab – ein Ausdruck, der keineswegs von *Karl Marx* stammt.

In demselben Sinne hat das Zweite Vatikanische Konzil gesagt, daß »die Ordnung der wirtschaftlichen Dinge der Ordnung der Person dienstbar werden muß und nicht umgekehrt«. Dazu kommt die weitere Aussage, daß die Wirtschaft einen Sinn haben muß, und daß dieser Sinn die menschenwürdige Deckung des Bedarfs an Gütern und Diensten ist – *und nicht die Rentabilität*.«
Kardinal *Höffner*, Erzbischof von Köln

Es hat wenig Sinn, über die Berechtigung des Zinses als »arbeitsloses Einkommen« zu moralisieren, wenn die Wirtschaft ohne Zins schlechter läuft als mit ihm. Die Zinsverbote der Religionen blieben deshalb praktisch ohne Wirkung, notfalls werden sie – wie im Iran – umgangen, indem man für Zins ein anderes Wort, zum Beispiel Gewinnbeteiligung, verwendet. Tatsächlich ist bei der zweieinhalbtausend Jahre alten Geldtechnik eine arbeitsteilige Wirtschaft ohne Zins nicht vorstellbar. Nur bei angemessener Verzinsung stellen sich die Ersparnisse für Investitionen zur Verfügung. Und die Investitionen sind der Schlüssel zum Fortschritt.

Doch sobald wir die alte Geldtechnik ändern – sie ist wie jede Technik ja eine rein menschliche Erfindung –, kann die Wirtschaft auch bei sinkendem oder gar absterbendem Zins weiterlaufen. Also ändern wir endlich die Geldtechnik.

SEMINAR FÜR FREIHEITLICHE ORDNUNG
der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e.V.
7325 Boll Badstr. 35
Postfach 1105 · Tel. 07164/2572

mensch

technik

gesellschaft

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

**DIE KREDITSCHÖPFUNGSTHEORIE IST EINE THEORIENSCHÖPFUNG
BILDUNG ZWISCHEN MACHT UND MENSCHLICHKEIT
PROBLEME DER VERSTÄDTERUNG IN DER BRD
DIE WAHLRECHTSREFORM – KRITISCH BETRACHTET
MITTEILUNGEN · LITERATURBERICHTE · DOKUMENTATION**

13. FOLGE · DEZEMBER · JAHRGANG 1967 · 4 Y 20 841 F

mtg

Die Kreditschöpfungstheorie ist eine Theorienschöpfung

Zum neuen Buch: „Geld und Boden“ von Prof. Dr. Werner Zimmermann

ELIMAR ROSENBOHM

DK 332.7

1. Geldschöpfung durch Kreditgewährung?

ZIMMERMANN vertritt die umstrittene Theorie von der autonomen Geld- und Kreditschöpfung der Banken. Er führt auf Seite 88 aus:

„Es wird bisweilen behauptet, eine Bank sei an der Höhe des Zinsfußes eigentlich nicht interessiert, weil sie von der Differenz lebe zwischen dem höheren Zins, den sie dem Kreditnehmer abnimmt, und dem niedrigeren Zins, den sie dem Sparer bezahlt. Das ist eine groteske Verkennung der Tatsachen. Das große Geschäft liegt nicht in der Vermittlung von Darlehen, die aus Spareinlagen gewährt werden, sondern in der *Geldschöpfung durch Kreditgewährung*. Für solches Buchgeld braucht die Bank niemandem Zins zu zahlen, und sie leiht es trotzdem gegen die üblichen Zinsen aus. Das ist ihr großes Geschäft und bringt ihr die gewaltigen Gewinne und die dazugehörige Macht.“

Auch RÖPKE wird zitiert:

„So sehr nun die Lehre von der Kreditschöpfung durch die Depositenbanken heute als Gemeingut der Theoretiker angesehen werden kann, so häufig begegnet sie doch noch immer in der Welt der Praktiker ungläubigem Kopfschütteln.“

So ist es! Und es ist bezeichnend, daß man sinngemäß bei allen Anhängern der Kreditschöpfungslehre eine ähnliche Bemerkung findet. Wissenschaftlich bescheiden sagt z. B. MARBACH:

„Daß das Problem der Schöpfkredite durch die vorliegende Untersuchung in allen Teilen geklärt sei, dies anzunehmen fehlt mir glücklicherweise die Anmaßung.“¹⁾

Tatsächlich verträgt sich das betriebswirtschaftliche Einmaleins der (Bank-)Bilanzen nicht mit dieser volkswirtschaftlichen Theorie, ebensowenig wie sie mit der Logik in Einklang zu bringen ist, denn das Schöpfen (Schaffen) aus dem Nichts ist nun einmal dem lieben Gott vorbehalten. (Die Tätigkeit der Notenbank soll hier einmal ausgeklammert bleiben.)

2. Sind Sichteinlagen Kredite?

Was ist Kredit? (Credere, lat. bedeutet: jemandem glauben, jemandem vertrauen, jemandem etwas übergeben.) Wenn ich einer Bank mein Eigentum *anvertraue, übergebe* und *glaube*, daß ich nach der vereinbarten Zeit – jederzeit oder nach 20 Jahren – selbst wieder über mein Eigentum verfügen kann, dann habe ich der Bank Kredit gegeben.

Dieser Auslegung des Kredits wird im Hinblick auf die *Sichteinlagen* (Buchgeld, Giralgeld, täglich fällige Gelder, Kontokorrentguthaben) – *auf die es hier allein ankommt* – entgegengehalten, daß der Eigentümer ja jederzeit darüber verfügen könne; sie stellen somit keinen Kredit an die Bank dar. Dabei wird übersehen,

- daß zwischen der Einzahlung und der Verfügung über diese Einzahlung immer ein Zeitraum liegt (und wenn auch nur von einer Minute), in dem ich *glauben* und darauf *vertrauen* muß, daß ich tatsächlich über meine Einlagen auch (sofort) wieder verfügen kann, und daß die Bank inzwischen nicht wegen Zahlungsunfähigkeit die Schalter schließen wird.
- Außerdem läßt der Bankkunde einen Teil seiner Sichteinlagen immer stehen. Darüber kann die Bank dann – je nach Erfahrung – längerfristig verfügen, genau wie über Spareinlagen oder gar ihr Eigenkapital (10 % der Sicht- und Termineinlagen dürfen in der Bundesrepublik²⁾ als langfristige Finanzierungsmittel verwendet werden).
- Hinzu kommt, daß die *gesamten Sichteinlagen* – bedingt durch das Geschäftsleben – dauernd eine beachtliche Summe darstellen, wenngleich das Guthaben auf den einzelnen Konten auch recht wechselvoll sein mag. Die *Gesamtheit der Eigentümer* von Sichteinlagen stellt damit der Bank nicht nur kurzfristigen, sondern auch längerfristigen Kredit zur Verfügung. 60 % der Sicht- und Termineinlagen dürfen in der Bundesrepublik z. B. für kurz- und mittelfristige Anleihen verwendet werden, die nicht jederzeit mobilisiert werden können (z. B. für Debitoren, börsenfähige Dividendenwerte oder Investmentzertifikate).

Tatsächlich geben also die Eigentümer von kurzfristigen Sichteinlagen der Bank nicht nur kurzfristigen, sondern auch mittelfristigen und sogar langfristigen Kredit.

Die These, daß die Sichteinlagen keinen Kredit an die Bank darstellen, entspricht nicht der tatsächlichen aufsichtsbehördlich genehmigten Praxis der Banken.

3. Verfügen Post und Postscheckkunde über dasselbe Geld?

Es soll hier einmal die Praxis der Postscheckämter beleuchtet werden, weil ich Gelegenheit hatte, mich mit Prof. ZIMMERMANN darüber zu unterhalten. Auf Seite 62f. seines neuen Buches heißt es, daß das Postscheckamt auf der einen Seite eingezahlte kurzfristige Gelder zum Teil wieder langfristig ausleiht, und daß auf der anderen Seite dasselbe Geld auf den Postscheckkonten hin- und herwandert, also Zahlungsvorgänge ausübt wie bares Geld. Die Frage von Prof. ZIMMERMANN, ob ich zustimme, daß mit den Sichtgeldern langfristiges Kapital geschaffen würde, habe ich bejaht (vgl. oben). Die weitere wiederholt gestellte Frage, ob ich zustimme, daß somit *zusätzlicher* Kredit geschaffen worden sei — weil die Postscheckkunden doch nebenher dauernd über ihr Geld verfügen —, habe ich zu seinem Entsetzen immer wieder verneint. Zusätzlich *längerfristiger* Kredit sei geschaffen, weil die Post einen Teil der Sichteinlagen längerfristig angelegt habe, aber kein *zusätzlicher* Kredit.

Der Postscheckkunde hat in der Bundesrepublik eine Stammeinlage von 5,— DM, in der Schweiz — nach Angaben von ZIMMERMANN — von 50,— Fr. dauernd zu unterhalten. Diese Gelder können — wie ZIMMERMANN zugab — als langfristige Einlagen (also wie Spareinlagen) betrachtet und von der Post auch entsprechend langfristig verwendet werden, d. h. es können damit Häuser gebaut werden.

Ich selbst habe schon einen wesentlich höheren Betrag als die Stammeinlage dauernd auf meinem Postscheckkonto. Und so wird es den anderen Postscheckteilnehmern ebenfalls gehen³⁾. Mit anderen Worten: Die Post kann über diese durchschnittlichen Dauereinlagen ebenfalls langfristig verfügen, genau wie über die erwähnten Stammeinlagen.

Es trifft einfach nicht zu,

- daß der Postscheckkunde — durch Überweisungen — und die Post — durch die langfristige Anlage — gleichzeitig über dasselbe Geld verfügen,
- daß hier „wenigstens teilweise wieder Geldverdoppelung, also Geldschöpfung“ vorliege, wie es auf Seite 63 bei ZIMMERMANN heißt.

Prof. ZIMMERMANN wollte diesen Zusammenhang noch einmal nachprüfen (woraus ich voreilig schloß, daß er nach Kenntnis der Fakten seine Geld- und Kreditschöpfungstheorie aufgeben werde). Eine Anfrage bei der Postscheckabteilung

der Generaldirektion PTT, Bern, hätte wahrscheinlich ergeben, daß das durchschnittliche Guthaben eines Eidgenossen bei seinem Postscheckamt ca. 1000 Fr. beträgt, mal weniger und mal mehr; aber durchschnittlich überläßt er 1000 Fr. dem Postscheckamt zur längerfristigen Verfügung, er selber *verfügt nicht* über durchschnittlich 1000 Fr. seines Guthabens.

Diese 1000 Fr. liegen längerfristig fest, genau wie Sparguthaben (der Kontoinhaber muß sie schließlich zunächst gespart haben, um sie auf seinem Postscheckkonto unbenutzt liegen lassen zu können). Alle *durchschnittlichen Guthaben* auf Sichteinlagenkonten sind zwar keine „Spargelder“ im Sinne der banküblichen Bezeichnung, doch sind sie es tatsächlich, weil der Kunde sie langfristig unbenutzt liegen läßt und das Postscheckamt — oder eine Bank — sie zum Teil auch verwendet, *als ob* es tatsächlich wirkliche Spareinlagen wären.

Es ist wirklich „von Sparem nicht benutztes Geld“, was ZIMMERMANN allerdings bestreitet (vgl. auch Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft, Bern, 1967/8/152).

Am 1. 12. 1965 hat die Deutsche Bundespost für das Postscheckamt neue Anlagegrundsätze eingeführt (gem. ihrem Geschäftsbericht für 1965, S. 161 ff). Von den *Durchschnittsguthaben* der jeweils letzten drei Monate — das sind Gelder, über die die Postscheckkunden also nicht verfügen — sollen sich die Anlagenwerte wie folgt zusammensetzen:

liquide Anlagen	25 v.H. (bisher 30 v.H.)
beschränkte liquide Anlagen	30 v.H. (bisher ebenfalls 30 v.H.)
schwer liquidierbare Anlagen	45 v.H. (bisher 40 v.H.)
Durchschnittsguthaben	100 v.H.

Bei der finanziellen Lage der Post war die Absicht der „Grundsätze“-Änderung unverkennbar. Die Verminderung der liquiden Anlagen zugunsten der schwer liquidierbaren Anlagen ermöglichte es der Post, aus dem Postschecknapf eine größere Summe für eigene *langfristige* Investitionen zu entnehmen.

Das schweizerische Postscheckamt scheint keinen festen „Grundsätzen“ unterworfen zu sein und wird sich wohl nur an der eigenen Erfahrung orientieren. Grundsätzlich aber wird es keinen großen Unterschied zwischen der deutschen und schweizerischen Postscheckgeschäftsführung geben⁴⁾ (vgl. auch Dr. Michel L. CATALAN: Geld- und Kreditschöpfung, Bern 1963, S. 36, der im übrigen allerdings auch die Schöpfungs-Theorie vertritt).

4. Beherrscht der schweizerische WIR die private Geldschöpfung?

Für eine unbestreitbare Kreditschöpfung hält ZIMMERMANN die Tätigkeit des von ihm selbst mitbegründeten *WIR-Wirtschaftsrings* in der Schweiz. „Gleich wie die Banken und das Postscheckamt, so kann auch die Bank des ‚WIR‘ Buchgeld *schaffen* und ihren Teilnehmern als Kredit zur Verfügung stellen“ (S. 89). Die WIR-Leitung selbst wird zitiert (S. 85): „Der Einwand betreffs ‚Kredite ohne entsprechende Gegenposten‘ ist dahingehend zu berichtigen, daß keine Kredite ohne Sicherheit gewährt werden. Die Kredit- und Geldschöpfung des WIR und damit die Tatsache der privaten Geldschöpfung ist somit unwiderlegbar bewiesen.“

Es ist in der Betriebswirtschaft nicht üblich, Kredit-sicherheiten als „Gegenposten“ zu bezeichnen. Eine derartige Sicherheit wird nicht bilanziert (sie wird höchstens notiert), kann also buchhaltungstechnisch auch kein „Gegenposten“ sein. Diese buchhaltungstechnisch unrichtige Darstellung hat offenbar dazu beigetragen, daß vielfach angenommen wird, eine Bank könne *immer* Kredit geben, wenn der Kunde nur gute Sicherheiten beibringt. Dabei ist es doch primär wichtig, daß die Bank überhaupt noch Mittel *mit der gewünschten Fristigkeit* (vgl. die „Grundsätze“) zur Verfügung hat. (Von den Rückgriffmöglichkeiten auf die Notenbank mittels lombardfähiger Wertpapiere z. B. und von den Refinanzierungsmöglichkeiten am Geld- und Kapitalmarkt soll hier einmal abgesehen werden, denn auch hierfür bestehen immerhin Grenzen).

Hat sie keine Mittel mehr, dann nützen auch die besten Sicherheiten – ob in Wertpapieren, Bürgen oder Diamanten – nichts. Eine Bank kann eben nichts schaffen, das ist – wie erwähnt – allein dem lieben Gott vorbehalten. Ist Gott Teilhaber des WIR? Seine Leiter behaupten jedenfalls, die private Geldschöpfung (d. h. „aus dem Nichts“) zu beherrschen.

Auch hierüber habe ich kurz mit Prof. ZIMMERMANN gesprochen und ihm erklärt, daß nach dieser Theorie *jeder* Unternehmer Geld schöpfen könne, denn *der WIR-Kredit ist nichts anderes als die organisatorische Zusammenfassung von Lieferantenkrediten*. Die meisten Lieferanten und damit Lieferantenkredite gibt es schließlich auch in der Schweiz noch außerhalb des WIR. Wenn diese Art Geld- und Kreditschöpfung einen Einfluß auf die Preisbildung – auf den Geldwert – hat, dann muß man alle Lieferantenkredite des Landes „in den Griff“ bekommen. Jedenfalls ist das die Konsequenz dieser Schöpfungs-Theorie oder Theorien-Schöpfung.

Ebenso wenig wie eine Bank einen Kredit „schöpfen“ kann, kann auch ein Lieferant Kredite schöpfen. Diese haben vielmehr eine ganz reale Grundlage, nämlich die Waren und Leistungen des anbietenden Lieferanten. Ist beides erschöpft, so ist auch kein Lieferantenkredit mehr möglich – auch nicht beim WIR.

5. Gibt es in einer kapitalistischen Wirtschaft Geld ohne Zins?

ZIMMERMANN hält es nun für eine ganz besondere Leistung, daß der WIR *zinslose* Kredite geben kann, für die nur ein Prozent Verwaltungsgebühr gefordert wird. Aber die Lieferantenkredite außerhalb des WIR sind meistens noch billiger, sie sind ebenfalls zinslos und kosten nicht einmal eine Verwaltungsgebühr.

Nun ist es bei der organisatorischen Zusammenfassung von Lieferantenkrediten durchaus möglich, *aus kurz lang zu machen* – analog den geschilderten Kreditmöglichkeiten beim Postscheckamt.⁵⁾

Ebenso wie die Post Sichteinlagen zur Finanzierung von Häusern oder zu sonstigen längerfristigen Anlagen verwendet, gibt auch der WIR nicht ausgenutzte kurzfristige Lieferantenkredite in Form längerfristiger Hypotheken weiter.

Da die Lieferantenkredite zinslos sind, kann der WIR auch diese langfristigen Kredite zu einem Prozent Verwaltungsgebühr ausleihen. „Es ist somit nicht einfach die Form des heutigen Geldes, die an sich Ursache der Zinswirtschaft ist“, sagt ZIMMERMANN (S. 87). Er glaubt fest, daß sich hier eine Möglichkeit zur Überwindung der „Usurokratie“ (Ezra POUND) bietet.

Aber der WIR ist kein *volkswirtschaftliches* Musterbeispiel. Der WIR ist eine Genossenschaft. Eine Genossenschaft kann es sich leisten, die Gesetze des Marktes zu ignorieren und für den Geschäftsverkehr unter Genossen auf den Marktpreis des Geldes zu verzichten. Dieser Verlust geht aber zu Lasten der Genossen, die kein zinsloses Darlehen in Anspruch nehmen.

Der in Deutschland bekannte Leitspruch für die Genossenschaften: „Einer für Alle und Alle für Einen“ läßt sich aber nicht innerhalb einer gesamten Volkswirtschaft durchsetzen, kann niemals der Leitspruch eines (freien) Marktes sein, wo gemarktet und gehandelt wird mit Bruchteilen von Pfennigen.

Daß ZIMMERMANN den WIR-Ring als volkswirtschaftliches Musterbeispiel ansieht, ist auch deswegen schwer verständlich, weil er selber seit Jahrzehnten ein glühender Verfechter der (freien) Marktwirtschaft ist (die – zugegeben – allerdings

etwas anders aussehen soll, als die von Monopolen und Kartellen durchsetzte Marktwirtschaft der westlichen Welt).

Daß das Postscheckamt (oder auch eine Geschäftsbank) auf der einen Seite für Sichteinlagen keine Zinsen vergütet, aber auf der anderen Seite einen Teil davon gegen Zins ausleiht (oder in Wertpapieren anlegt), kann nicht als Beweis dafür gelten, daß es selbst in einer kapitalistischen Wirtschaft Gelder ohne Zins gibt. Tatsächlich fordern diese Sichteinlagen ebenfalls einen Zins (vom Postscheckamt oder von der Bank), und zwar in Form von sonstigen Dienstleistungen, die nicht einzeln berechnet werden. (Scheckverkehr, Überweisungsverkehr und auch Bareinzahlungen und -abhebungen verursachen Arbeit, die bezahlt werden muß).

Daß es sich trotz der erforderlichen Gegenleistung immer noch um relativ billiges Geld handelt, ist durchaus möglich, aber schwer zu beweisen, weil es den meisten Banken an einer spezifizierten Kosten- und Ertragsrechnung bisher noch fehlt.

6. Gibt es eine Kreditschöpfung im Bankensystem?

ZIMMERMANN behandelt nur die Kreditschöpfungsmöglichkeit bei einer Einzelinstitution (Post oder WIR-Bank), doch halte ich die Kreditschöpfung im Bankensystem ebenfalls für unmöglich, wenngleich diese moderne Kredittheorie (von der multiplen giralen Kreditreaktion im Bankensystem) als „herrschende Lehre“ gelten darf – was man von der Theorie der Kreditschöpfung bei einer Einzelbank (die ZIMMERMANN vertritt) kaum sagen kann.

Aber auch bei dieser Theorie der Kreditschöpfung im Bankensystem ist eine Schöpfung (eine Erschaffung) aus dem Nichts gemeint, was – wie erwähnt – allein dem lieben Gott vorbehalten sein dürfte. Daran kann auch das bekannte Modell von PHILLIPS⁶⁾ wie es nicht nur bei Erich SCHNEIDER zu finden ist⁷⁾ nichts ändern.

Nach diesem Modell – um es auch hier kurz zu skizzieren – kann eine Bank Kredite gewähren in Höhe *neuer Bareinzahlungen* (z. B. 1000 DM) abzüglich der Kassenreserve (z. B. 10 vH = 100 DM). Der neue Kreditnehmer wird nun das als Kredit erhaltene Bargeld (in diesem Beispiel also 900 DM) bei einer zweiten Bank anlegen, die nun ihrerseits wieder Kredit geben kann in Höhe der Einzahlung abzüglich der Kassenreserve; der Vorgang kann wiederholt werden bei einer dritten, vierten und xten Bank.

Nach dieser Theorie verteilt sich nun die 1. Bareinzahlung bei der 1. Bank (von 1000 DM in unserem Beispiel) auf die verschiedenen Banken als

Kassenreserve. (Summe der Kassenreserven: 1. Bank: 100 DM; 2. Bank: 90 DM; 3. Bank: 81 DM – usw. Die Summe dieser unendlichen geometrischen Reihe ergibt die Summe von 1000 DM.)

Bar ausgezahlt werden aber als *neuer* Kredit das Neunfache der ersten Einzahlung. (Bei der 1. Bank: 900 DM; bei der 2. Bank: 810 DM; bei der 3. Bank: 729 DM – usw. Diese unendliche geometrische Reihe ergibt die Summe von 9000.)

Zu beachten ist, daß jeweils Bargeld abgehoben und wieder eingezahlt werden muß, denn die Kassenreserve – auf die sich hier alles aufbaut – muß mindestens selbst Bargeld sein.

Nach dieser Theorie ermöglicht also eine Bareinzahlung in das Bankensystem von 1000 DM eine Barauszahlung – als Kredit – in Höhe von 9000 DM. Woher nimmt das Bankensystem diese 9000 DM, wenn alle Kreditmöglichkeiten vor Einzahlung der 1000 DM voll ausgenutzt waren? Die zunächst eingezahlten 1000 DM müssen ja als Kassenreserve im Bankensystem bleiben! Diese Frage haben die Kreditschöpfungstheoretiker den Bankpraktikern noch nicht beantworten können. Einmal abgesehen davon, daß sich dieser Vorgang auch nicht mit dem betriebswirtschaftlichen Einmaleins der Bilanz in Einklang bringen läßt.

Da hier eine autonome Kreditschöpfungsmöglichkeit im Bankensystem gemeint ist, scheidet hierfür eine Rückgriffsmöglichkeit der Banken auf die Notenbank aus.

Die Schöpfungstheoretiker geben zwar zu, daß die nur theoretisch mögliche unendliche geometrische Kreditkette nie voll in Anspruch genommen wird. Aber selbst wenn der geschilderte Vorgang nur zweimal stattfinden sollte (die 1. Bank zahlt einen Barkredit von 900 DM und die 2. Bank einen von 810 DM), so gehen diese Beträge schon über die ursprüngliche Einzahlungssumme hinaus (die in unserem Beispiel 1000 DM betrug).

Um es noch einmal zu wiederholen: haben diese beiden Banken (oder alle Banken zusammen) im Augenblick keine Gelder für Kredite mehr zur Verfügung, dann können ihre *neuen Kredite* niemals höher sein als die *neuen Einzahlungen*. (Wegen der erforderlichen Kassenreserve müssen sie sogar kleiner sein.)

Die alte orthodoxe Kredittheorie – sie kennt keine Kreditschöpfung, sie kennt nur die Kreditvermittlung – sagt mit Recht:

Eine Bank kann nicht mehr Kredit geben, als sie selbst erhalten hat.⁸⁾

Das gilt aber – nach den Gesetzen der Logik – auch für das Bankensystem.

Am Rande sei noch vermerkt, daß selbst der Ansatz dieses Modells der modernen Kredittheorie — bei einer Bank Kredit aufzunehmen, um damit bei einer anderen ein Guthaben zu unterhalten — so wirklichkeitsfremd ist, daß schon dadurch ein Bankpraktiker skeptisch werden muß und darum auch wenig Lust verspürt, sich mit solcher Modelltheorie näher zu befassen.

7. Was ist eine dynamische Doppelwährung?

Es sei noch kurz darauf hingewiesen, daß ZIMMERMANN einen Vorschlag aufgreift, den Dr. CHRISTEN, einer der engsten Mitarbeiter Silvio GESELLS, in den „Annalen des Deutschen Reiches“ bereits während des ersten Weltkrieges veröffentlichte: Die dynamische Doppelwährung (S. 78 ff). Darunter wird eine aktive Währungspolitik verstanden, die nicht nur mit ein wenig Inflation die Konjunktur anheizen soll, die darüber hinaus den Sparer mit Indexklauseln (Wertsicherungsklauseln) von Inflationsverlusten schützen will. (Auf die Erfahrungen, die Finnland mit einer solchen „parallel currency“ [FIEANDT] machte⁷⁾, geht ZIMMERMANN allerdings nicht ein.)

Die Inflation sichert den Umlauf des Geldes, sagt ZIMMERMANN (S. 82 f), und bewirke dadurch die Hochkonjunktur. Man solle darum eine leichte Inflation — von jährlich 2 bis 5 Prozent, je nach Erfahrung — gesetzlich absichern. Eine ausdrückliche gesetzliche Regelung zur Sicherung der Ersparnisse sei zunächst nicht erforderlich, aber es müsse jedem Sparer eine Sicherung seiner Ersparnisse durch Indexklauseln möglich sein. Diese seien in der Schweiz in manchen Kreisen heute schon üblich und nicht verboten. Evtl. Verbote in Deutschland ließen sich durch eine Neuordnung (der Währungsgesetze) beheben. Er weist auf die deutsche Sozialversicherung hin, deren Renten seit ihrer Dynamisierung um 70 Prozent gestiegen seien.

Auch in Österreich sei ab 1. Januar 1966 eine Rentenautomatik, d. h. die Ausschaltung der schleichenden Geldentwertung, in Kraft getreten. In der Schweiz strebe man ähnliche Regelungen an. Vor zwei Jahren wurde in Deutschland die vom Bundesfinanzhof aufgeworfene Frage, ob bei der Besteuerung von Zinserträgen die Geldentwertung zu berücksichtigen sei, eifrig diskutiert.

Die kürzlich bekannt gewordene Entscheidung ist zugunsten der Nominalisten ausgefallen: für die Besteuerung bleibt Mark gleich Mark. Aber es ist nicht zu übersehen, daß diese These schon vielfach durchbrochen ist.

8. Gibt es eine Bodenfrage?

Das Buch von ZIMMERMANN behandelt in seinem zweiten Teil die Bodenfrage und bringt interessante Beispiele moderner Bodenverwaltungen in unserer Zeit. Daß es überhaupt eine Bodenfrage gibt, wird jenen Lesern schnell klar, die sich bisher mit solchen Problemen noch nicht beschäftigt haben; während den „Bodenreformern“ bestätigt wird, daß eine Bodenrechtsreform immer dringlicher wird.

Anmerkungen

- ¹⁾ MARBACH, Fritz: Die Kreditschöpfung der Handelsbanken und das Postulat der Verstaatlichung des Kredits, Bern 1947, S. 41.
- ²⁾ Gem. Kreditwesengesetz §§ 10 und 11 und auch gem. der „Grundsätze“ I bis III, letzte Fassung im Bundesbank-Jahresbericht für 1966, S. 102. Allerdings stellen diese Grundsätze keine völlig starren Normen dar.
- ³⁾ GOEBEL, Ernst, beziffert den Durchschnittsbestand je Postscheckkonto in der Bundesrepublik für Ende 1965 auf 1 630 DM — in einem Schreiben an mich vom 11. 10. 1967.
- ⁴⁾ CATALAN, Michel L.: Geld- und Kreditschöpfung, Bern 1963, S. 36. Im übrigen vertritt C. auch die Schöpfungstheorie.
- ⁵⁾ Genau genommen trifft diese Feststellung nicht zu. Eine Bank oder das Postscheckamt kann aus kurz *nicht* lang machen. Bei den Stammeinlagen und bei den Durchschnittseinlagen handelt es sich nur terminologisch (dem Namen nach) um kurzfristige Mittel, tatsächlich sind diese Mittel aber längerfristige Anlagen.
- ⁶⁾ PHILLIPS, Chester Arthur: Bank Credit. A study of the principles and factors underlying advances made by banks to borrowers, New York 1926, S. 32 ff.
- ⁷⁾ SCHNEIDER, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie — III. Teil, Tübingen 1961, 6. Aufl., S. 41 ff.
- ⁸⁾ SCHEYTT, Martin: Theoretische Grundlagen der Bankgeschäftlichen Kreditgewährung — Kritischer Beitrag zur Kreditschöpfungstheorie, Duncker & Humblot, Berlin 1962. Der angeführte Satz ist das Ergebnis und der Schlußsatz dieser Untersuchung. S. kommt allerdings zu diesem Ergebnis, ohne die Kredittheorie selbst zu analysieren, wie es hier in Teilaspekten versucht wurde.
- ⁹⁾ FIEANDT, R. von, Governor of the Bank of Finland: The Index Clause in Bank Deposits and Long-Term Loans. Rede auf der Konferenz der Zentralbanken der Nordländer in Helsinki im August 1957 gem. Bank of Finland Monthly Bulletin 1957/3/18. Einen guten Überblick über die währungspolitischen Verhältnisse in Finnland gibt auch CADOLIN, Axel von (Helsinki): Finnland — Inflation- und Index-Schule, Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik, Hamburg 1959/6/23.

ELIMAR ROSENBOHM GLOCKENBRINK 87

TEL: 0571 / 7 27 82
W-4952 PORTA WESTFALICA
10.2.93

Drucksache

Herrn
Helmut Creutz,
Monheimsallee 99
W-5100 Aachen

Lieber Helmut Creutz,

zunächst Dank für Ihren Brief vom 2.2.93 und auch für die Anlagen.

1. Es geht bei unserem Disput m.E. nicht um ein Mißverständnis, sondern um eine grundverschiedene Erklärung bzw. Darstellung der Wirklichkeit. Ohne Diskussion läßt sich nichts klären, darum mein weiterer Versuch, den Unterschied unserer Meinungen "korrekt" darzustellen, was mir nach Abromeits Meinung offenbar noch nicht gelungen ist.

2. Sie Sagen, "daß man als Inhaber eines Sichtguthabens (im Gegensatz zu allen anderen Guthaben!), trotz der Kreditgewährung an einen anderen, **gleichzeitig** selbst damit Nachfrage halten kann. ..., daß trotz der Kaufkraftübertragung an einen anderen meine Nachfragemöglichkeit nicht geschmälert wird... führt also zu einer **Ausweitung des Kreditpotentials, ohne Verringerung meiner Nachfragemöglichkeiten.**"

Hier verdoppelt sich also etwas. Genau das ist doch die alte Kreditschöpfungstheorie. Tatsächlich werden Giroeinlagen nicht zu 100% zu Krediten für andere. Einen Teil davon - je nach Erfahrung - behält die Bank zunächst einmal in der Kasse. Einen weiteren Teil hat sie als Tagesgeld angelegt, damit die Girokunden unbedingt jederzeit auch über ihr Girogeld verfügen können. Ausgeliehen werden immer nur jene Gelder, **über die die Girokonteninhaber insgesamt gerade nicht verfügen.** Wenn einer mal überproportional verfügt, verfügt ein anderer unterproportional, das gleicht sich bei der Masse der Girogelder schon automatisch - ohne Zutun der Banken - aus. Da erfahrungsgemäß bei den Girogeldern immer ein "Bodensatz" hängen bleibt, kann die Bank **diesen** sogar langfristig ausleihen. (Gesetzlich geregelt mit den "Grundsätzen" des KWG.) Mehr herzu in meiner beiliegenden Arbeit "Die Kreditschöpfungstheorie ist eine Theorienschöpfung" (mtg 13 vom Dez. 1967.)

3. Man kann also "durch Stehenlassen von Einkommen auf dem Girokonto" die Gesamtnachfrage **nicht** unterbrechen wie mit Bargeld. Mit kurzfristigem Sparen - auch kurzfristige Giro- und Monatsgelder müssen angespart werden - kann man evtl. langfristige Investitionen schmälern, wie z.B. heute bei der inversen Zinsstruktur. Aber da setzt die mit "Grundsätzen" geregelte Fristentransformation der Banken auch Grenzen - siehe Bodensatzgelder oben.

4. Zu den Zinsarbeiten bin ich noch nicht gekommen.

Allerbeste Grüße von Haus zu Haus für heute

Elimar Rosenbohm

kopie mich an Günter

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Eine Schriftenreihe · Herausgegeben von Otto Lautenbach

DAS BUCHGELD

Ein Beitrag zur theoretischen Klärung

Von

KARL WALKER

VITA-VERLAG · HEIDELBERG · ZIEGELHAUSEN

1957

Inhalt

	Seite
Vorwort	7
Einleitung	9
Zur Begriffsbestimmung von „Geld“ und „Kapital“	11
Wie entsteht „Buchgeld“?	23
Autogenese und Parthenogenese	30
Das Mengenverhältnis zwischen Bargeld und Buchgeld und seine Veränderungen	34
Sinn und Technik des Überweisungsverkehrs	43
Der Einfluß des Bargeldes auf die Preisbildung	54
Kann das Bargeld vom Buchgeld verdrängt werden?	60
Wie kommt die Preisbewegung in der Produktionssphäre zustande?	65
Kredit- und währungspolitische Projekte auf strittiger Grundlage	69
Kreditschöpfung mittels Girobankschein	69
Buchgeldschöpfung auf 10%iger Bargeldgrundlage	70
Gesetzliche Regulierung des Kreditvolumens	71
Der „Chicago-Plan“ — 100%ige Deckung des Buchgeldes ..	76
Fragen und Antworten zur Schnellorientierung	79
Literatur- und Quellenverzeichnis	87

Die Unternehmung im Markt

Band 7

**Theoretische Grundlagen
der bankgeschäftlichen Kreditgewährung**

Kritischer Beitrag zur Kreditschöpfungstheorie

Von

Dr. Martin Scheytt



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

1962

Scheytt

Inhalt

A. Einleitung: Orthodoxe und moderne Kredittheorie	9
B. Die Kreditschöpfungstheorie	12
I. Die Grundgedanken der Kreditschöpfungstheorie	12
1. Einleitung	12
2. Die Kreditschöpfung der Einzelbank	12
3. Die Kreditschöpfung des Bankensystems	17
II. Gründe für eine Revision der Kreditschöpfungstheorie	21
C. Begriffliche Grundlagen	24
I. Die Begriffe Geld und Kredit	24
1. Einleitung	24
2. Definition des Begriffes Geld	24
3. Definition des Begriffes Kredit	32
II. Der Begriff Kreditschöpfung	37
1. Darstellung	37
2. Kritik	38
D. Theoretische Erklärung der bankgeschäftlichen Kreditgewährung ..	41
I. Die Banken im Kreditgeschäft	41
1. Ein- und Verkauf — Geldumwandlungsprozeß	41
2. Der Zahlungsverkehr	44
II. Die Entstehung der Bankguthaben und die Herkunft der im Kredit weitergegebenen Mittel	56
III. Die ökonomische Struktur der Kreditsequenzen	63
IV. Die Zu- und Abnahme der Bankguthaben	69
V. Kreditgewährungskapazität und Liquidität	72
VI. Das geldliche Ende im Kreditgeschäft der Banken	77
E. Kausalität des Kreditgeschehens	80
F. Konsequenzen und Ergebnis	87
Literatur	90

Zeitschrift

für

Sozialökonomie

Johannes Jenetzky	Die Knappheit des Kapitals oder warum die Zinssätze nicht fallen	3
Gerhardus Lang	Die Idee des konsequenten Föderalismus (II)	14
Gerhard Senft	Chronik einer Legende – Die Freiwirtschaftsbewegung in Österreich. . . .	19
	Personalien – Bücher – Berichte	30

28. Jahrgang

91. Folge

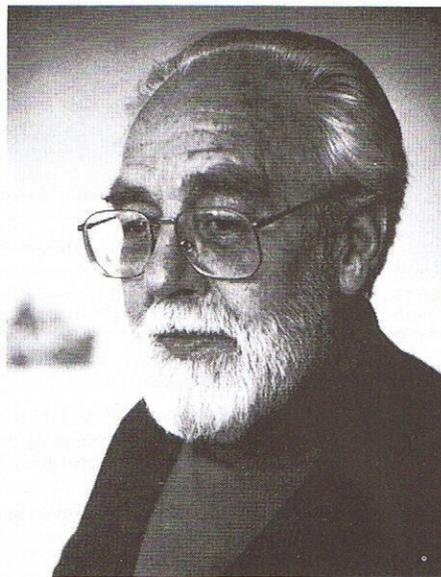
November 1991

Elimar Rosenbohm 75

Am 25. Oktober 1991 vollendete *Elimar Rosenbohm* sein 75. Lebensjahr. Mit seinem Namen ist unsere Zeitschrift auf's engste verbunden. Neben *Bernd Hasecke* und *Kurt Th. Richter* gehört *Elimar Rosenbohm* zu ihren Gründern. Von der Mitte der 70er Jahre bis 1982 war er ihr verantwortlicher Redakteur. Und in den fast drei Jahrzehnten ihres Bestehens verfaßte er eine große Zahl von Beiträgen, von denen viele unter dem Pseudonym *Claas-Hermann Jannssen* erschienen sind.

Lange Zeit bildete *Elimar Rosenbohm* das Rückgrat unserer Zeitschrift und sie lebte von seiner geistigen Substanz. So ist sein 75. Geburtstag ein willkommenener Anlaß, mit der Gratulation einen großen Dank für sein langjähriges Engagement zu verbinden. Und ich möchte ihm dies in der uns beiden als Ostfriesen so wohl vertrauten plattdeutschen Sprache zum Ausdruck bringen: Leewe Herr Rosenbohm, Wenn Se in disse Daag torüggkieken up Hör Läben, dann steiht Hör säker ook vör Oogen, wu veel Läbensfett So johrnlang dorför insett't hebbt, dat anner Minschen wat van Silvio Gesell to hörn kriegt, dat se an't Nadenken kamen doröver, wu man up de Grund van Gesell sine Insichten noch mehr Freeheit, Gerechtigkeet un Freedem in disse Welt bringen kann. Dat, wat Se för uns gemeensam Saak daan hebbt, dat is een grooten Anerkennung wert. Un so wull ick Hör in de Naam van uns „Stiftung för de persönlieke Freeheit un sozial Säkerheit“ un uns „Gesellschaft för sozial Weetenschap“ van Harten danken un Hör to dissen Jubeldag düchtig groleern. Ick wünsch Hör, dat Se tosamen mit Fro Prützmänn noch up männige Johrn togahn, de Hör beid Gesundheit un Sünnschien bringen. För uns Läsers wull ick ook geern noch'n bäten över Hör Läben vertelln. Doch mutt ick dat woll up Hochdütsch maken, dormit se dat ook all verstaht.

30



Bei Ostfriesland denkt heute manch einer zuerst an die vielen Witze, die zuweilen tatsächlich gutem Humor entsprungen sind, die aber vielfach auch ein schiefes Bild von Land und Leuten zeichnen. Wenig bekannt ist heute, daß Ostfriesland zu jenen Regionen gehörte, in denen sich schon sehr frühzeitig das Streben nach persönlicher Freiheit von feudaler Unterdrückung regte. Ostfriesland brachte große Rechtslehrer hervor wie *Johannes Althusius* und *Rudolf von Jhering*, die ebenso wie der Niederländer *Hugo Grotius* zu den Wegbereitern moderner Rechtsstaatlichkeit gehörten. *Althusius* trat energisch für die Souveränität des Volkes und für das Recht auf Widerstand gegen tyrannische Obrigkeiten ein. Aus Ostfriesland kam auch der Philosoph *Rudolf Eucken*. Sein Sohn *Walter Eucken* hat mit dem Ordoliberalismus eines der wohl bedeutendsten Gedankengebäude in der Ökonomie geschaffen. Von kapitalistischen Interessenpolitikern wurde der Ordoliberalismus unter dem Feigenblatt „Soziale Marktwirtschaft“ bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Doch ruhen darin noch manche Gedankenansätze, aus denen sich der Liberalismus regenerieren und zur Grundlage einer monopolfreien nachkapitalistischen Marktwirtschaft werden kann.

In einem solchen Klima der Liberalität ist *Elimar Rosenbohm* aufgewachsen. Schon in ganz

jungen Jahren kam er auch bereits mit *Silvio Gesells* Freiwirtschaftslehre in Berührung und zwar durch seinen Vater, der in Norden freiberuflicher Architekt war, und durch den Nordener Arzt Dr. *Anton Nordwall*, der vor dem Dritten Reich persönlich mit *Gesell* zusammengearbeitet hatte. Vom humanistischen Gymnasium mußte *Elimar Rosenbohm* schon nach der mittleren Reife abgehen, weil eine Krankheit seines Vaters die Finanzierung der weiteren Schul- und Universitätsausbildung unmöglich machte. Sein Wunsch, Journalist zu werden, zerschlug sich, da er sich nicht an die gleichgeschaltete NS-Presse verkaufen und kein Parteigenosse werden wollte. So entschied sich *Rosenbohm* zunächst für eine Lehre im Bankfach, da ihn ohnehin alles interessierte, was mit dem Geld zu tun hatte. Dann folgten die ‚verlorenen Jahre‘ des Arbeits- und Kriegsdienstes. Als er im Herbst 1945 mit einer kriegsbedingten Hörbehinderung aus französischer Gefangenschaft zurückkehrte, fand er keine Arbeit in seinem erlernten Beruf. Seinen Lebensunterhalt sicherte sich *Elimar Rosenbohm*, indem er ‚nebenberuflich‘ einigen Firmen in Norden die Buchführung besorgte. ‚Hauptberuflich‘ arbeitete er für die „Radikal-soziale Freiheitspartei“, die damals vor allem in der britischen Zone für *Silvio Gesells* Ziele kämpfte. Für die RSF organisierte er Kundgebungen und Wahlkampfveranstaltungen im Gebiet zwischen Norden, Aschendorf, Oldenburg und Wilhelmshaven. Dank seiner fleißigen Werbung konnte die RSF mit Dr. *Nordwall* einige Jahre den 2. Bürgermeister in Norden stellen.

In Fern- und Abendkursen gelang es *Elimar Rosenbohm*, das Abitur nachzuholen. Als er endlich das ersehnte Studium in Münster aufgenommen hatte, kam die Währungsreform und machte sein mühsam Gespartes wieder zunichte. So mußte er erneut mit einer Tätigkeit in der Lohnbuchhaltung einer Nordener Firma vorliebnehmen. Doch ließ sich *Elimar Rosenbohm* nicht entmutigen. Abermals begann er, sich Ersparnisse für ein Studium zurückzulegen. Und dieses Mal wurde sein zähes Durchhaltevermögen belohnt. An der damaligen „Hochschule für Sozialwissenschaften“ in Wilhelmshaven studierte er Volkswirt-

schaftslehre mit dem Schwerpunkt Geld- und Kredittheorie und belegte im Nebenfach auch Publizistik. Zu seinen Kommilitonen gehörte übrigens der spätere Bundesbankpräsident *Karl-Otto Pöhl*. 1961 beendete *Elimar Rosenbohm* sein Studium als Diplom-Sozialwirt und ging anschließend zur Landeszentralbank Hannover, in deren Diensten er bis zu seiner Pensionierung tätig blieb.

Im Auftrag der Landeszentralbank erarbeitete *Elimar Rosenbohm* eine Studie über die „*Kybernetische Automation*“, die in einer der ersten Ausgaben unserer damals unter dem Namen „*mensch – technik – gesellschaft*“ geführten Zeitschrift erschien. In vielen weiteren Beiträgen zur nationalen und internationalen Währungspolitik war es sein Anliegen, die Freiwirtschaft theoretisch und methodisch an den Stand der modernen Ökonomie heranzuführen und sie an den Universitäten diskussionsfähig zu machen. Zu einer ‚Institution‘ wurden seine alljährlichen Stellungnahmen zu den Jahresgutachten des Sachverständigenrates.

Bei alledem betrachtete *Elimar Rosenbohm* die Ökonomie mehr als eine Naturwissenschaft denn als eine Geisteswissenschaft. Demgemäß war und ist die Reform des Geldes für ihn ein Problem der Änderung der Geldtechnik und nicht so sehr ein philosophisches Problem.

Beim Blättern in früheren Ausgaben unserer Zeitschrift stieß ich auf einen Aufsatz von *Elimar Rosenbohm*, der mich besonders beeindruckte. „*Kybernetisch-anarchische Ordnung*“ lautete die Überschrift dieses Aufsatzes aus dem Jahr 1968 (in Folge 15). Die Studentenbewegung befand sich gerade auf ihrem Höhepunkt. Mit viel Fingerspitzengefühl versetzte er sich in die Denkweisen der jüngeren Generation und illustrierte anhand einer Auseinandersetzung zwischen *Ernst Bloch* und *Rudi Dutschke* das Dilemma der Studenten, daß sie in ihrem berechtigten Aufbegehren gegen bestehende Herrschaftsstrukturen in den Universitäten und in der Gesellschaft kein anderes als das marxistische Zukunftsbild hatten. „*Proudhon* statt *Marx*“ lautete *Rosenbohms* Empfehlung an die junge Generation, eine herrschaftsfreie Ordnung der Märkte ohne Monopole

anstelle von Diktatur und Zentralplanung der Wirtschaft. Inzwischen sind *Marx, Lenin & Co.* von ihren Thronen gestürzt, doch von *Proudhon* und dem von ihm ausgegangenen freiheitlichen Sozialismus ist kaum etwas zu sehen, so daß der Kapitalismus sich daran machen kann, seine Herrschaft auch über die ehemals kommunistischen Länder auszubreiten. Verdienstvoll war deshalb *Rosenbohms* Versuch, gleich nach der Wende die neuen politischen Akteure der DDR auf die Möglichkeit eines „Dritten Weges“ hinzuweisen und für den Bereich der Währungspolitik einen detaillierten Gesetzentwurf auszuarbeiten. Zwar verriegelte die deutsche Wiedervereinigung diesen Weg sehr bald, doch bleiben *Rosenbohms* „Überlegungen zu einer modernen Wirtschafts- und Währungsordnung in der DDR“ für jene um die Früchte ihrer friedlichen Revolution betrogenen Reformkräfte eine Anregung, über eine marktwirtschaftliche Alternative zum Kapitalismus nachzudenken.

In seiner Bitterfelder Rede zum 1. Jahrestag der Wiedervereinigung resümierte *Günter Grass*: „Ein Jahr deutsche Einheit war lang genug, den Bürgern der ehemaligen DDR die Kehrseite der Marktwirtschaft zu zeigen“ – der „kapitalistischen Marktwirtschaft“ wäre mit *Elimar Rosenbohm* hinzuzufügen, um den Blick für das Modell einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft zu öffnen. Und unter einem Foto von Resten der Berliner Mauer stand der Satz: „Die Öffnung der Mauer hat uns die Freiheit gebracht... und die Unterwerfung unter die Macht des Geldes.“ (Zitiert aus der Ostberliner „*Wochenpost*“ vom 10.10.1991.) Mithin bleibt es unsere Aufgabe, das Wissen um die Möglichkeit einer von der Macht des Geldes befreiten Marktwirtschaft weiterzugeben. Und nicht zu vergessen ist auch die Suche nach einem neuen Bodenrecht, die der plattdeutsche Liedermacher *Helmut Debus* in einem Lied „*Dit Land hört us all*“ anklingen ließ. Darin fragte er: Kannst Du mir die Luft verkaufen, die durch Dein Haar streicht? Kannst Du mir das Licht verkaufen, das in Deinen Augen liegt? Kannst Du mir das Wasser verkaufen, aus dem die Tränen sind und das Deine Füße umspült? Kannst Du mir die Sonne verkaufen oder vielleicht den Him-

mel? Kannst Du mir das Land verkaufen, das grüne platte Land? Dieses Land gehört uns allen. Niemand kann es kaufen. Dit Land hört uns all. Keen een kann't koopen. Keen een.

Leewe Herr Rosenbohm. Ick wünsch mi van Hör, dat Se ook inne Tokunft nich nalaat't, in dissen Sinn wiedertomaken, un dat wi dorbi goot tosamenstaht.

Hör Werner Onken

Friedrich Salzmann †

Friedrich Salzmann-Grünig, Bürger von Eggwil BE, wurde am 31. August 1915 als Sohn des Schweizer Exportkaufmanns *Walter Salzmann* in Hamadan (Persien) geboren. Mit seiner Familie während des Ersten Weltkriegs nach Europa zurückgekehrt, verbrachte er seine Schulzeit zunächst in einer Volksschule und Gymnasium in Berlin, später während zweier Jahre (verbunden mit Kuraufenthalt) am Collège in Montreux. Ab 1932 wohnte die Familie *Salzmann* wieder in der Schweiz, wo *Friedrich* in Zürich eine Handelslehre und eine Berufsschule absolvierte.

Seine Begabung zum Journalismus begann er, erst 22jährig, als Korrespondent verschiedener Zeitungen in Paris zu entwickeln. Dort war er unter anderem an der Weltausstellung 1937 Vertreter der antifaschistischen Jugendverbände der Schweiz.

Bei Kriegsausbruch kehrte *Salzmann* in die Schweiz zurück, wo er zunächst im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement im Sektor Getreide und Futtermittel eine Anstellung fand.

Was den rein „technischen Ablauf“ des Lebens des Verstorbenen betrifft, sind in Stichworten folgende Stationen aufzuführen: 1943 Redaktion der freiwirtschaftlichen Wochenzeitung „*Freies Volk*“ – 1957 vollamtlicher Mitarbeiter beim Radio der Deutschen und der Rätoromanischen Schweiz DRS, Leiter der von ihm geschaffenen populären, politisch-kritischen Sendereihe „*Mit kritischem Griffel*“ – 1966 Ressortleiter für Innenpolitik und Volkswirt-

schaft. Zahlreiche Radiovorträge und Hörspiele an in- und ausländischen Radios. (Der frühere Vizedirektor von Radio Bern, *Karl Rinderknecht*, erklärte einst, der Eintritt *Salzmanns* sei für Radio Bern eine Sternstunde gewesen) – 1971 wurde der Freiwirtschaftler *Salzmann* auf der Liste des „Landesrings der Unabhängigen“ (*LdU*) in den Nationalrat gewählt, aus dem er 1977 krankheitsshalber ausscheiden mußte. – 1977 starb seine ihn treu umsorgende Gattin. – 1985 mußte *Salzmann*, rollstuhlgebunden, ins Alters-Wohnheim Wyler übersiedeln, wo er nach 5 1/2 Jahren geduldig hingenommenen körperlichen Leidens am 29. November 1990 hat einschlafen können.

Das geistige und politische Credo der verstorbenen Persönlichkeit fand in einer großen Zahl von Vorträgen, Zeitungsartikeln, Broschüren und Büchern einen beeindruckenden Niederschlag. An Bedeutung in keiner Weise eingebüßt, gilt es Wort für Wort noch heute.

In seinem Berliner Elternhaus hatte der 15jährige eine schicksalsträchtige Begegnung. Er wurde tief beeindruckt von der überragenden Persönlichkeit *Silvio Gesells*, dem „genialen Außenseiter der Volkswirtschaftslehre“, wie ihn *John Maynard Keynes* einst würdigte. Dessen kosmopolitisches, liberales und breitschichtig interdependentes Denken gab dem jungen *Salzmann* die Grundlage für die Erkenntnis-Schule *Gesells*, die man später mit dem Kurzwort „Freiwirtschaft“ als Boden- und Währungsreform zu bezeichnen pflegte.

Salzmann blieb indessen nicht bei dieser vordergründig sozialpolitischen, nationalökonomischen Schule stehen, sondern verstand es, die Zeichen der Zeit vorzeitig in ihrer Unerbittlichkeit zu erkennen. Erst 22jährig gab *Salzmann* in seiner Monatsschrift „Jugend am Pflug“ 1937 die vorwarnende Broschüre aus seiner Feder heraus: „S.S.J...?? Schweizer Staatsjugend?? – Ein offenes Wort zum Problem der Nationalen Erziehung“. Dort stand zu lesen:

„In der Schule wachsen die Träger des kommenden Staates heran.

Die Erziehung liefert die Staatsbürger. Welche Sorte Staatsbürger, darüber wünscht der Staat zu entscheiden.

Und hier beginnt das Verbrechen.

Ich scheue diesen Ausdruck nicht. Denn nichts hemmt den kulturellen Fortschritt mehr als der staatliche Anspruch auf Uniformierung des Denkens.“

Das Verfolgen und Weiterentwickeln, ja die Forderung nach Freiheit in Erziehung, Kultur, Staat und Wirtschaft zieht sich wie ein Leitfaden durch *Salzmanns* literarisches Schaffen: „Gedanken zur bewußten Organisation des Weltfriedens“ (1946); „Das Programm der Freiheit“ (1947); „Bürger für die Gesetze“ (1949); „Jenseits der Interessenpolitik“ (1957); „Das kommunistische Weltbild und die Verantwortung des freien Menschen“ (1956); „Unsere Zukunft zwischen Ost und West“ (1956); „Für einen weniger billigen Antikommunismus“ (Radiovortrag 1960); „Kleiner Staat – was nun?“ (1963); „Mit der Freiheit leben“ (1967); „Gedanken für eine lebenswerte Zukunft“ (1985).

Die Erziehungsproblematik war schon ein wesentliches Anliegen des 22jährigen. Und sie war es auch noch im letzten Werk des 70jährigen:

„Die heutige Bildung ist ausgerichtet auf Wissen, Haben und Konkurrenz, statt auf Können, Sein und Zusammenarbeit.

In den staatlichen Schulen wird selektioniert und spezialisiert.

Es sind die Probleme jener Schule, die sich so gern als Leistungsschule versteht und rechtfertigt, obwohl sie uns letztlich genau jene Lust am Leisten verleidet, auf welche die angespannte Wirtschaft so dringend angewiesen wäre.

Die Vielfalt der Menschen bedingt eine Vielfalt der Schulen. Menschengemäße Ausbildungswege zu entwickeln, ist für die Wirtschaft und die Gesellschaft nicht nur eine Frage der Menschenfreundlichkeit, sondern eine Existenzfrage.“

Unter den Eindrücken des Zweiten Weltkriegs stellte *Friedrich Salzmann* eine Auswahl von Zitaten und Sentenzen aus den Werken von *Silvio Gesell* zusammen, die er nach 1945 unter dem einprägsamen Titel „An die Überlebenden“ veröffentlichte. Noch heute ist dieses Buch eine gute Einführung in die Gedankenwelt *Gesells*. Und wie nur wenige andere Freiwirtschaftler besaß *Friedrich Salzmann* die Fähig-

keit, in die Geschichte der Freiwirtschaft zurückzublicken, um daraus zu lernen, und neueren Entwicklungen in der Wirtschaftspolitik offen zu begegnen, um sie in seinem Denken zu berücksichtigen. Seine Arbeit „*Freiwirtschaftliche Selbstbesinnung*“ ist auch jetzt noch ein Schulbeispiel für die Fähigkeit zu kritischer Selbstreflexion.

Als Journalist mahnte *Friedrich Salzmann* 1967 unmißverständlich:

„Die Freiheit des Wortes besteht nicht nur darin, daß die Vielfalt der Meinungen und Ideen, der Kulturkreise und Interessen sich in den Programmen bzw. im Inhalt der Presse spiegelt, sondern von der anderen Seite her gesehen letztlich darin, daß auch der sehende und der hörende Mensch die Pflicht der Auswahl ernst nimmt, daß er alle Aussagen, die sich ihm anbieten, kritisch daraufhin prüft, ob sie würdig seien, angenommen zu werden.

Leider ist das freie Wort nicht notwendigerweise auch das wahre Wort und nur dem wahren Wort wünschen wir Macht. Aber Freiheit des Wortes heißt Gespräch und im Gespräch wächst die Wahrheit.“

Friedrich Salzmann war ein Verantwortung weit voraustragender, feinempfindender Seher. Mögen wir ihn heute ernst nehmen, wenn wir es zu seiner Zeit noch nicht vermocht haben. Die Geschichte der Schweiz wie der Welt wäre entscheidend anders verlaufen. Seine Botschaft steht nach wie vor im Raum. Wir haben ihm zu danken.

Hans Hoffmann

BUCHBESPRECHUNG

Wera Wendnagel

Mama Moneta und die Frauenfolge

Frankfurt: Ulrike Helmer Verlag, 1990. 201 Seiten

Auf der Insel Barataria strandet eine Gruppe von Schiffbrüchigen, Auswanderinnen aus unterschiedlichen Ländern. Die Männer sind bei dem Versuch,

die Munition aus dem lecken Schiff zu retten, umgekommen. Nur Frauen und Kinder haben das Unglück überlebt. Auf der menschenleeren Insel kann sich unsere Sozial- und Wirtschaftsgeschichte noch einmal von vorn entfalten mit dem einen Unterschied: hier wird sie von Frauen gestaltet.

Aus einer primitiven Subsistenzwirtschaft wird im Laufe der Jahre eine arbeitsteilige demokratisch regierte Gemeinschaft, die mit Hilfe des vergänglichen Nußgeldes der Pina Moneta ein perfektes Tauschmittel schafft. In Verbindung mit dem gemeinsamen Besitz des Bodens – für den je nach Qualität unterschiedliche Pachtbeträge gezahlt werden, die den Kindern, den Alten und Kranken zugute kommen – entwickelt sich eine blühende, von Ausbeutungsfreie Gesellschaft. Erst durch die Wiederaufnahme des Kontaktes zur „alten Welt“ gerät sie in Gefahr und wird schließlich vernichtet.

Die Lebenserfahrene und weitsichtige Kapitänin *Miriam* wird zur zentralen Leitfigur der Insulanerinnen. In der Verknüpfung ihres Schicksals mit dem ihrer engeren Freundinnen und Frauen-Gemeinschaft gelingt es *Wera Wendnagel* darzustellen, wie andere Beziehungen zwischen Frauen auch andere Wege zur Konfliktbewältigung und letztlich zu einer anderen Geld- und Bodenordnung und einem gerechteren Gesellschaftssystem führen. Wahrlich keine leichte Aufgabe!

Besonders dicht wird die Schilderung in der zweiten Hälfte des Buches, wo es zur Begegnung der zwei Gesellschaftssysteme Kapitalismus und Kommunismus mit dem freiwirtschaftlichen System Baratarias kommt. Auf einer politischen Versammlung der Insulanerinnen erklärt Herr *Barabino* – die Personifizierung des kapitalistischen Systems –, daß die Gemeinschaft mit ihrer primitiven Geldwirtschaft die Probleme der Zukunft kaum meistern können wird.

Die Unruhe und Unsicherheit, die diese Rede unter den Insulanerinnen auslöst, veranlassen *Mama Moneta*, Herrn *Barabino* auf seinem Schiff aufzusuchen.

„Warum sind Sie nach Barataria gekommen? Was veranlaßte Sie zu der weiten Reise?“ fragte *Miriam Moneta* ihn ganz unvermittelt. Er setzte eine freundliche Miene auf und erklärte ihr, daß er schon immer ein ruhiges erholsames Plätzchen gesucht habe, zum Entspannen, und als er von *Marina Moneta* die Schilderung einer bezaubernden Landschaft mit herrlichem Strand und diesen liebenwerten Menschen gehört habe, da sei sein Entschluß gefallen, daß er dies Paradies kennenlernen und dort geruhsame Ferien verbringen wolle. „So, so“, ent-

gegnete Mama Moneta, „und gleichzeitig haben Sie gedacht, daß die Menschen dort ja wahrscheinlich sehr rückständig seien und es ihnen an vielen Gütern fehlen werde, die Sie anzubieten haben. Kurz gesagt, Sie glauben, daß Sie hier einen guten Markt finden würden für die vielen überflüssigen Produkte, die Sie herstellen lassen, und mit denen die Erde bis zum Ersticken angefüllt ist. Aber was sollten wir Ihnen dafür geben, wo unser Geld für Sie doch wertlos ist? Nun, Sie denken an unseren Landbesitz, von dem Sie uns einiges abkaufen würden, nicht nur wegen seiner Fruchtbarkeit und seinem Erholungswert. Nein, weil da ja vielleicht auch noch unentdeckte Bodenschätze darin lagern... Außerdem werden Sie versuchen, uns Ihr unnatürliches, nicht alterndes Geld aufzuschwätzen, und uns dann Kredite, gegen hohe Zinsen, versteht sich, anbieten, damit wir alle Ihre schönen Sachen kaufen können. Als Sicherheit müßten wir Ihnen unsere Arbeitskraft, einen Teil unserer Lebenszeit also, verpfänden – und natürlich Land! Aber Sie haben sich geirrt. Und zwar deshalb, weil der Boden in Barataria der Allgemeinheit gehört. Er stellt also ein unverkäufliches, unveräußerbares Gut des ganzen Volkes dar. Wir könnten Ihnen nur ein Stückchen, das gerade frei ist, zur Eigennutzung verpachten. Falls Sie das wünschen?“

Auch wenn sich die Mehrzahl der Frauen hinter die Ansicht Mama Monetas stellt, die sogenannte „Nußölsteuer“ und das vergängliche Geld heizubehalten und Herr Barabino un verrichteter Dinge wieder abreisen muß, ist der Untergang Baratarias nur noch eine Frage der Zeit. Das abgelegene Inselreich wird zum Versuchsgelände für lebenszerstörende Gifte erklärt und die Bewohner werden zuerst mit saftigen Entschädigungen gelockt und schließlich gezwungen, ihren Lebensbereich aufzugeben.

Die Parallelen und Anspielungen auf Ereignisse und Entwicklungen, die es tatsächlich gibt, mit der fiktiven Geschichte finde ich glaubwürdig und gelungen. Was mir zu beurteilen schwerfällt, ist, ob die Entstehung des anderen Wirtschaftssystems für „Nichteingeweihte“ verständlich ist. Da sind mir hin und wieder Zweifel gekommen. Was ich am wenigsten gelungen finde, ist die Einführung von zwei weiteren Ebenen der Erzählung durch zwei Geschichten aus China und Rutanien, die verdeutlichen sollen, wie Gesetze übertreten werden, wenn die wirtschaftlichen Umstände dies erzwingen, und wie segensreich oder auch problematisch eine Papiergeldwährung ist. Wenn beides notwendig ist, um einen bestimmten Sachverhalt zu erklären, wäre es meines Erachtens besser, diese Klärung in die Zeit und den Ort der Hauptgeschichte einfließen zu lassen.

Ansonsten habe ich das Buch gern gelesen und kann mir vorstellen, daß es für viele eine Bereicherung von vorhandenem Wissen oder ein Einstieg in die freiwirtschaftlichen Thesen sein kann, der weniger akademisch und trocken als die meisten Abhandlungen zu diesem Themenkreis ist. Der Witz und die Klarheit, mit der die vertrauten Probleme von Gruppen und hier natürlich besonders von Frauengruppen geschildert werden, machen aus dem eher spröden Thema eine amüsante Unterhaltung. Falls es Frauen mehr Mut macht, ihre Anliegen und Vorstellungen in die Bereiche Geld und Wirtschaft einzubringen, wäre das allein schon ein großer Erfolg, und den möchte ich dem Buch wünschen.

Margrit Kennedy

BERICHT

Privatisierung der Grundstücksnutzung durch Vergabe von Erbbaurechten

In der 90. Folge der „Zeitschrift für Sozialökonomie“ berichteten wir über die Erbbaurechts-Initiative des „Seminars für freiheitliche Ordnung“. Allen Städten und Gemeinden in den neuen Bundesländern empfahl das Seminar, kommunales Bodeneigentum nicht zu veräußern, sondern im Wege des Erbbaurechts zur privaten Nutzung abzugeben. Inzwischen hat Jobst von Heynitz als Notar im Rahmen dieser Initiative ein Muster eines Erbbaurechts-Vertrags erarbeitet, dessen „Leitgedanken“ wir nachfolgend dokumentieren. Der vollständige Mustervertrag kann unentgeltlich bei der Geschäftsstelle des Seminars bestellt werden (Badstr. 35, D-W 7325 Boll).

Leitgedanken des Mustervertrages

„Der Mustervertrag bemüht sich um eine liberale Gestaltung, damit das Erbbaurecht für den Grundstücksnutzer attraktiv ist und er insbesondere in seinen Investitionsplänen nicht stärker eingeschränkt wird, als es das öffentliche Baurecht tut. Die Privatisierung der Bodennutzung mit Hilfe des Erbbaurechts anstelle des Grundstückseigentums hat die soziale Zielsetzung, das Spekulieren auf Bodenwertsteigerungen zu unterbinden; denn die Bodenspekulation hat mit der Investitionstätigkeit für Wohnungen und Arbeitsplätze nichts zu tun. Im Gegenteil: erfahrungsgemäß verzögert die Bodenspekula-

TRISTAN ABROMEIT

Gorch-Fock-Weg 3 ▶ 31535 Neustadt

Tel. 05036/578 ▶ eMail Abromeit@T-online.de

Neustadt , 27.11.97

Hallo Freundinnen und Freunde!

Eine traurige Nachricht

Von Ekkehard Lindner, der heute seinen 75. Geburtstag bei zufriedenstellender Gesundheit feiern kann, erfuhr ich heute, daß unser 81 Jahre alter Freund

Elimar Rosenbohm

am 10. Oktober dieses Jahres nach einer Magenoperation gestorben ist. Elimar hat sein Leben lang für die Freiwirtschaft gewirkt. Seit Monaten hatte ich vor, ihn in Porta-Westfalica (Minden) zu besuchen. Es sind nur 50 km von meinem Wohnort. Ich hatte die letzte Zeit immer das Gefühl, ich müsse ihn unbedingt aufsuchen. Nun mache ich mir Vorwürfe, meiner Eingebung nicht gefolgt zu sein. Er hätte es verdient gehabt, daß ihm vor Antritt seiner letzten Reise ein Mitstreiter wenigstens einmal den Dank für seinen großartigen Einsatz ausgesprochen hätte. Wir sollten uns jedenfalls bei Frau Prützmann, seiner Lebensgefährtin bedanken, sie hat seine Arbeit nämlich in stiller Weise mitgetragen und Elimar unterstützt.

Ekkehard wünsche ich (auch aus egoistisch-freiwirtschaftlichen Gründen) noch viele Jahre des Schaffens. Frau Prützmann spreche ich mein Beileid aus. Wenn sie Abstand zu dem Geschehen hat, werde ich gerne auf eine Tasse Tee bei ihr hereinschauen.

Es grüßt Euch

Tristan Abromeit